

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Worteljähr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
Verkauf- und Verkaufsaussagen,
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf.

Kontingenz: Amt I, Nr. 1508.
Telegraphische Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Straße 2.

Freitag, den 22. Januar 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Straße 3.

Herr Miquel und die Finanzpolitik des Zentrums.

Nicht nur im Reichstage, sondern im Reiche überhaupt war Herr Miquel's Stern schon längst im Sinken.

Bei der Einleitung der Reichs-Finanzreform von 1893 war Miquel noch der eigentliche Regisseur. Seiner unzweifelhaften taktischen Geschicklichkeit gelang es, die Finanzminister der Einzelstaaten zu gewinnen und dann in einem wahren Massenangebot zur Unterstützung seines Planes nach Berlin zu locken.

Die Mehrheit des Reichstages ließ Herr Miquel abfallen. Der zweite, in seinen finanziellen Ansprüchen um 40 Millionen gemilderte Reichsfinanzplan fand kaum noch eine ernst zu nehmende Behandlung. Als der allgemeine Wirtschaftsausschlag auch auf finanziellen Gebiete sich bemerkbar machte, verloren schließlich selbst die Kollegen des Herrn Miquel den Geschmack an den lustigen Gaukeleien ihres einstigen Meisters.

Die Mehrzahl der Reichstages ließ Herr Miquel abfallen. Der zweite, in seinen finanziellen Ansprüchen um 40 Millionen gemilderte Reichsfinanzplan fand kaum noch eine ernst zu nehmende Behandlung. Als der allgemeine Wirtschaftsausschlag auch auf finanziellen Gebiete sich bemerkbar machte, verloren schließlich selbst die Kollegen des Herrn Miquel den Geschmack an den lustigen Gaukeleien ihres einstigen Meisters.

Je mehr sich Herr Miquel in der höfischen Rolle des bloßen Plusmachers gefiel, je mehr er bei seiner Steuerreform in Preußen die alte liberale Forderung einer Erweiterung und Sicherung des Budgetrechtes des Parlamentes außer Acht ließ und so dem bürgerlichen Liberalismus eine sobald nicht wiederkehrende günstige Lage gewissermaßen wegskamotirte, je mehr er allen weiterschauenden Neuerungen für Kulturzwecke im Wege stand — desto kritischer wurde die Stimmung selbst bei den Nationalliberalen.

Die erklärliche Gereiztheit des Mannes, dem anfangs alles zu gelingen schien, hat sich in den letzten Wochen nicht nur über Eugen Richter, sondern mehrfach auch über das Zentrum entladen. Dazwischen versuchte es der vielgewandte Finanzminister freilich auch wieder einmal mit ziemlich aufdringlichen Liebeswerbungen gegen einzelne Führer des Zentrums, die er in Gegensatz zu Herrn Dr. Bachem, den Etatsredner des Zentrums im Landtage, zu stellen suchte.

Gewiß geht uns nach beiden Richtungen die Zentrums-politik nicht weit genug; das hindert uns jedoch nicht, anzuerkennen, daß sie dem Miquel'schen Standpunkt gegenüber einen großen Fortschritt darstellt.

Im Reiche besteht bekanntlich so wenig wie in Preußen ein volles jährliches Einnahme-Festsetzungsrecht des Parlamentes. Die einmal durch Gesetz geschaffenen Steuern und Zölle werden, so lange die Gesetze nicht beseitigt sind, fortgehoben, gleichviel ob in einem Jahre des Ausschusses der Ertrag weit über

den Bedarf eines Etatsjahres hinauswächst, gleichviel auch, ob bei einem etwaigen Konflikt das Parlament alle Einnahmequellen sperren möchte. Die Frankenstein'sche Klausel wahrte nun Ende der siebziger Jahre bei der großen Zoll- und Steuerreform das Einnahmeverwilligungsrecht des Reichstages dadurch, daß es alle Einnahmen über den Betrag von 125 Millionen Mark hinaus den Einzelstaaten „überwies“, sie also für das Reich unversüßbar machte, soweit sie nicht im Etat (durch jährliche Vereinbarung der „Matrikularbeiträge“ zwischen Regierung und Reichstag) ausdrücklich für das Reich zur Verfügung gestellt werden.

Die Zentrums-politik der letzten Jahre umschließt jedoch zugleich noch eine wesentliche Fortentwicklung des Grundgedankens der Frankenstein'schen Klausel. Was vom Ertrage der Reichszölle und Reichssteuern nicht wieder in Form der Matrikularbeiträge von den Einzelstaaten zurückgeholt wurde, blieb zwar dem Reiche unzugänglich; es verblieb aber den Einzelstaaten ohne weiteres, ohne jede Einflußnahme des Reichstages darauf. Die Steuerquellen liefen ohne jährliche Regelung; man hatte wohl das Recht, von dem Goldstrom in die Reichskassen abzuleiten, so viel oder so wenig man beliebte; der Rest floß jedoch, heute schwach, morgen stark, automatisch an die Einzelstaatsfinanzen ab.

Dies entzog der vorjährige Antrag (die spätere lex) Lieber zum ersten Male wenigstens einen Theil der Ueberschüsse wieder den Einzelstaaten, um sie dem Reiche, jedoch nur in der ungefährliehen Form der Schuldentilgung oder der Anleiheverminderung, zu nutz zu machen. Ein solches Vorgehen war nun so nothwendiger, als gewöhnlich die Reichsfinanzquellen gerade dann um so stärker anschwellen und die Einzelstaaten speisen, je höher deren eigene Einnahmen aus direkten Steuern Eisenbahnen, Bergwerken und industriellen Unternehmungen sind, je weniger sie also den Zufluß von außen brauchen. Schon vom rein finanzpolitischen Standpunkt aus ist eine solche Verknüpfung von Reichs- und Landesfinanzen eine Mißbildung. Die Arbeiter haben ebenfalls ein Interesse an ihrer Beseitigung, weil es indirekte Reichssteuern sind, die hier schließlich zur Entlastung der direkten Steuern in den Einzelstaaten verwendet werden.

Das man freilich beim heutigen Rechtszustande indirekte Steuern und Zölle noch nicht einmal dann zeitweise außer Hebung setzen kann, wenn ihr Ertrag für die Bilanzierung des Etats nicht gebraucht wird, daß man ihren Ueberschuß nur dadurch beseitigen kann, daß man ihn in das Milliardenmeer unserer Schulden versenkt, das kennzeichnet die ganze Rückständigkeit unseres Budgetrechtes. Solange diese aber fortbesteht, bietet die Finanzpolitik des Zentrums bei den heutigen Parteiverhältnissen den einzig möglichen Ausweg vor Finanzreformen wie die des Herrn Miquel.

Ein ironischer Zufall hat hier das Zentrum zur Wahrung einer der ersten liberalen Forderungen berufen, während ihr unermüdlichster Gegner ein ehemaliger Liberaler ist — freilich ein Nationalliberaler.

Politische Uebersicht.

Aus dem Reichstage. Die Etatsdebatte geht langsam und ohne besondere Zwischenfälle vor sich. Dabei werden alle möglichen Punkte in die Debatte gezogen. Nachdem heute die Fortsetzung der Debatte über die Nothwendigkeit eines Quebrachzollses dem Grafen Posadowsky Anlaß gab, seine agrarische Seite herauszutreten, nachdem er gestern freihändlerisch schillerte, brachte unser Genosse Wollenbutz ein Zollkuriosum zur Sprache. Derselbe konstatierte nämlich, daß in Hamburg der Staat höhere Beträge für Zollbewachung und Abfertigung vom Reiche empfängt, als er für diese Zwecke ausgiebt, also noch ein besonderes Geschäft macht. Das wird besonders auch dadurch erzielt, daß Hamburg seine Zollbeamten schlechter bezahlt als Preußen. Graf Posadowsky konnte die Thatsache nicht bestreiten, aber es lasse sich nichts machen, da in diesen Dingen die Einzelstaaten „autonom“ sind.

Hierauf verwies Dr. Lieber auf das Polizei- und Diktator-Regiment in den Reichslanden, welches sich sogar an den „Freiheiten der akademischen Jugend“ vergeisse.

Weiter wurden die Summen zur Beschickung der Pariser Weltausstellung 1900 bewilligt und dann ein lauges Geflüster von kleinen Agrariern darüber vorgetragen, daß es der Regierung noch immer nicht gelungen sei, die Maul- und Klauenseuche aus Deutschland zu verdrängen. Natürlich wurde Grenzsperrung ringsum verlangt. Minister v. Bötticher antwortete darauf sehr wirsch, daß die Gefahr viel weniger in der Einfuhr verseuchter Viehes aus dem Auslande, als in dem Mangel sanitärer und veterinärer Vorsichtsmaßnahmen seitens der Landwirthe liege. Morgen 1 Uhr Fortsetzung.

Im Herrenhause wurde heute der Fürst zu Wied mit 118 Stimmen gegen 94, die auf den Herzog von Ratibor entfielen, zum Präsidenten gewählt. Hieraus erledigte das Haus eine Reihe von Petitionen. Morgen steht das Lehrerbefoldungsgesetz auf der Tagesordnung.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat heute die erste Berathung des Etats erledigt und den Etat der Budgetkommission, den Befoldungsplan der um 7 Mitglieder verstärkten Budget-Kommission überwiesen. Die Debatte beschränkte sich fast ausschließlich auf die Beamtenbefoldungen und die Vorgänge an der Börse. In Bezug auf den ersten Punkt erhoben die Abgg. Brandenburg (3), Mintelen (3) und Kirsch (3) erhebliche Bedenken, die in der Forderung der Gleichstellung richtiger Beamten mit Verwaltungsbeamten gipfelten. Abg. Samp (fr.) erklärte sich mit der Aufbesserung der höheren Beamten nicht nur einverstanden, sondern verlangte sogar einen Fonds aus Staatsmitteln zur Unterstützung höherer Beamten, die in Noth gerathen sind.

Die Vorgänge an der Börse wurden von den Abgeordneten v. Puttkamer-Plauth (L) und Samp einer eingehenden Besprechung unterzogen. Beide Redner ergingen sich hauptsächlich in persönlichen Angriffen gegen den Abg. Richter, der kürzlich für die Mitglieder der Getreidebörsen eine Lanze gebrochen hatte. Ersterer sprach die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, die Umgehungen des Börsengesetzes zu vereiteln und forderte eventuell eine Ergänzung des Börsengesetzes. Letzterer gab dem Handelsminister den Rath, gegen die freien Vereinigungen auf dem Justizwege vorzugehen und eine Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts herbeizuführen. Nachdem Abg. Gotthein den Angriffen auf die Börse entgegengetreten war, gab der Handelsminister v. Resfeld im Namen des Staatsministeriums die Erklärung ab, daß es im Sinne des Börsengesetzes liege, keine Privatbörse ohne Genehmigung der Regierung zuzulassen. Er habe Bericht über den Charakter und die Organisation der freien Vereinigungen eingefordert; nach Eingang dieser Berichte werde die Frage eines etwaigen Zwanges praktisch werden. Am besten sei es, sich durch Entgegenkommen auf beiden Seiten zu verständigen und so die Möglichkeit eines zwangsweisen polizeilichen Schließens der Börsen auszuschließen. — Die ganze Bornehmtheit unserer Agrarier zeigte sich wieder einmal darin, daß sie dem Abg. Richter trotz der heftigen Angriffe auf ihn durch einen Schlussantrag das Wort abschneiden und ihn, als er sich in einer persönlichen Bemerkung gegen die Angriffe verwahren wollte, durch fortwährende Zwischenrufe und unartikulirte Laute unterbrochen.

Am Schluß der Sitzung kam es noch zu einem stürmischen Austritt, indem der Pole v. Czarlinski den Kultusminister niederträchtiger Verleumdungen beschuldigte, falls er nicht für seine gestrigen Behauptungen den Beweis der Wahrheit antrete, was einen Ordnungsruf des Präsidenten und eine scharfe Erwiderung der Minister Miquel und Thielen zur Folge hatte.

Morgen: Dritte Berathung des Automatengesetzes und erste Lesung des Entwurfs betr. Richtergehälter.

Auf den Reichstag zu schimpfen, weil die Mehrzahl der Mitglieder nicht regelmäßig die Sitzungen besucht, ist jetzt in der konservativen und namentlich in der nationalliberalen Presse Mode und Methode geworden. Und auch Zeitungen, bei denen reaktionäre Hintergedanken nicht zu vermuten sind, machen die „Dah“ mechanisch mit. Aber ist denn diese Entrüstung wirklich berechtigt? Nehmen wir die Dinge wie sie sind und schauen wir ihnen lähl ins Gesicht. Thatsache ist, daß es für den Gang der parlamentarischen Verhandlungen ganz gleichgültig ist, ob der Besuch des Reichstages ein harter oder ein schwacher. Und Thatsache ist ferner, daß auch das gewissenhafteste Reichstagsmitglied keinen Grund hat, in jeder Reichstags-sitzung zugegen zu sein. Wo es auf die Zahl ankommt, haben die Fraktionen es in der Hand, die Mitglieder zur Stelle zu schaffen. Allein da sind die Abgeordneten ja das reinste Stimmvieh — Abstimmvieh! — Gemach.

Das Parlament, welches dem Parlamentarismus den Namen gegeben hat und als Muster- und Ideal-Parlament gilt und vom Standpunkt der bürgerlichen Staatsordnung aus mit Recht gilt, — das englische Unterhaus, ist durchgängig ebenso schlecht besucht, wie der deutsche Reichstag, ja noch schlechter. Nur merkt man es nicht so, weil der Sitzungssaal kleiner ist. Wir erinnern uns der Verblüfftheit eines deutschen Landmanns, der mit uns das Unterhaus besuchte, und die Dimensionen des deutschen Reichstages und dessen Physiognomie genau kannte. Er hatte für die 756 M. P.'s (Members of Parliament) einen Saal erwartet, mindestens zweimal so groß, als der unsere Reichstags und ein Würde abnehmendes voll besetztes Haus, mit dem Ernst und Machtbewußtsein des Gesetzgebers und des Regierungsgewalt habers — denn das englische Unterhaus ist oberste Regierung — auf jedem Antlitz! Welche Enttäuschung. Der Saal noch viel kleiner als der Reichstagsaal und die Bänke — richtige Bänke dort trotz allen Prunks — noch leerer als im Reichstag. Es ist überhaupt nur Platz für etwa zwei Drittel der Mitglieder, die bei großen Sitzungen sich eng quetschen müssen. Doch das nur nebenbei. Nun — auch das englische Parlament ist in den meisten Sitzungstagen schlecht besucht, und doch ist es das englische Parlament, d. h. der leitende Faktor des britischen Weltreiches. Sind die englischen Parlamentsmitglieder etwa „Stimmvieh“?

Hätte der deutsche Reichstag die Macht des englischen Parlaments oder auch nur den ernsthaften Willen, sie sich zu erobern, dann wollten wir den Mitgliedern die Schwanzfreiheit gewiß nicht mißgönnen. —

Zum Fall Schröder schreibt uns der Reichstags-Abgeordnete Bütgenau:

In der Reichstags-Sitzung vom 18. Januar hat der preussische Justizminister bei der Berathung des Etats der Reichs-Justizverwaltung auf die in einer früheren Sitzung an dem Hsener Urtheil geübte Kritik geantwortet. Ich war durch Anwesenheit im Reichstage an einer Erwiderung verhindert, weil ich zur selben Stunde der traurigen Pflicht folgte, meinen Vater zu beerdigen, halte aber jetzt nach Erscheinen des Stenogramms eine nachträgliche öffentliche Antwort bei dem großen Interesse der Sache für angebracht. Die Ausführungen des Herrn Justizministers machen auf mich den Eindruck der völligen Unbefangenheit und seine Erklärung, daß es ihm fernliege, gegen die Wiederannahme Stellung zu nehmen, beseitigt auch den Schein einer Parteilichkeit. Aber der Justizminister ist hinsichtlich der Thatsachen in vielen Punkten durchaus falsch informiert.

Was zunächst die Vorgeschichte angeht, so ist es u. a. falsch, daß die Baulauer Versammlung eine geschlossene der Mitglieder des christlichen Bergarbeiter-Vereins gewesen sei. Sie war eine

wichtig mit Rücksicht auf Erfolg in Angriff genommen werden könnte. Die spezielle Errichtung eines internationalen Bureaus hat bei einem Großstaat Zustimmung gefunden; ein kleiner Staat würde sich wenigstens am Studium der Frage beteiligen, zwei andere Großstaaten sind grundsätzlich nicht gegen das Projekt, halten aber den Zeitpunkt für die Erörterung desselben nicht für opportun. Die übrigen Staaten stehen dem Projekt kühl oder ablehnend gegenüber, oder sprechen sich unbestimmt aus. In der Zeitschrift, die der Bundesrat an die Bundesversammlung richtete, ist nun betont, daß es gerabegüthig wäre, wollte die Schweiz, nach dem Wunsch der Bundesversammlung, mit den europäischen Regierungen offizielle Verhandlungen über die internationale Regelung des Arbeiterkampfes anzuknüpfen. Die ganze Angelegenheit bleibt sonach einstweilen auf sich beruhen.

Frankreich.

Paris, 20. Januar. (Sig. Ver.) Der Rücktritt der genannten Redaktion und Mitarbeiterschaft der „Petite République“ ist, wie ich Ihnen bereits telegraphisch gemeldet habe, eine Folge der Annahmen des kapitalistischen Verwaltungsrathes (die Zeitung ist ein Aktienunternehmen), die politische Leitung des Blattes zu beeinflussen und über die Zusammenfassung des Redaktionspersonals zu entscheiden. Der Konflikt begann im Sommer vorigen Jahres, kurz nachdem ein gewisser Kapitalist Teilard das Defizit der „Petite République“ gedeckt hatte. Dieser Teilard ist gestern von der Generalversammlung der Aktionäre — natürlich einstimmig — zum Vorsitzenden des Verwaltungsrathes gewählt worden — und die sozialistische Redaktion mußte austreten. Das redaktionslose Blatt Teilard's erklärt heute mit unfeindlichem Humor, es werde nach wie vor „das Organ der — sozialistischen Union bleiben“, deren Vertreter, die sozialistischen Kämpfer sämtlicher Richtungen, einstimmig das Rücktrittschreiben unterzeichnet haben. Es sind dies neben dem Chefredakteur Millerand die Abgg. Jules Guesde und Chauvin, Jevons, Farjat, Genossin Valette von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei; die keiner bestimmten Organisation angehörenden Abgg. Jaurès, Gérault-Richard, Rouanet und Viviani, der literarische Mitarbeiter Georges Renard (Redakteur der monatlichen „Revue Socialiste“); Abg. Vaudin, Turot, Dubreuilh von den Blanquisten; Paul Brousse, Chef der „Possibilisten“ u. a. m.

Teilard war zwar so gnädig, zuletzt der sozialistischen Kammerfraktion den ausschließlich politischen Teil des Blattes anvertrauen zu wollen; daneben sollte aber ein von ihm abhängiger und ausschließlich seinen Meinungen folgender Redaktionssekretär die Zusammenstellung des gesammelten Blattes auf eigens Faust besorgen, sowie das Redaktionspersonal ohne jede Einmischung seitens der Sozialisten angeworben werden. „Unter diesen Bedingungen“, erklärt mit recht die zurückgetretene Redaktion, „welche unsere politische Tätigkeit und persönliche Würde dem Unbekannten ausliefern würden, sind wir es unserer Partei schuldig, uns zurückzuziehen. Lieber kein Organ, als ein gefälschtes und verdächtiges Organ.“

Millerand hat übrigens persönlich die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die sozialistische Partei ein eigenes neues Tagesorgan haben werde. Das ist in der gegenwärtigen politischen Situation und angeht die bevorstehenden Kammerwahlen (Frühjahr 1898) doppelt notwendig.

Daß kein ehrlicher Sozialist an der Teilard'schen „Petite République“ mitarbeiten wird, ist selbstverständlich. Verwandelt sie sich nicht in ein bürgerliches Organ, so wird sie ebenso rasch verschwinden müssen, wie seinerzeit unter ähnlichen Bedingungen der „Cri du Peuple“ der Frau Sœurine.

Paris, 21. Januar. In der heutigen Sitzung des Ministeriums legte der Finanzminister Cochery seine Gesetzentwürfe über die Steuerreform vor. Die Entwürfe betreffen die Personal- und Mobilitätssteuer sowie die Grundsteuer; sie enthalten die nicht bebauten Grundstücke. Also nicht die Einkommensteuer. Man sieht, der französische Bourgeoisie zählt es sich aus, das reaktionäre Kabinet Melles zu stützen.

Christlich-soziale Wahlmacht. Um das Deputiertenmandat von Brest bewirbt sich als Gegner des royalistischen Grafen de Blois als „Republikaner“ der Abbé Gayraud. Nach dem „Sicde“ spricht der katholische Geistliche in den Versammlungen so wie Jules Guesde, nur will er, daß die Leitung der Bewegung der Geistlichkeit anvertraut werden möge. Zum Schluß erinnert der „Sicde“ an eine charakteristische Anekdote, die Abbé Gayraud kürzlich in einer Arbeiterversammlung zu Loulouze zum Besten gab. Im Mittelalter waren die Unterthanen eines Schlossherrn gegen die Burg ihres Tyrannen Sturm gelassen und zurückgeworfen worden. Als sie sich zerstreuen wollten, sammelte ihr Pfarrer die Schaar wieder, stellte sich an ihre Spitze, erneuerte den Sturm, nahm das Schloss ein und ließ es plündern. „Damals“, sagte Abbé Gayraud, der noch im weißen Gewande des Predigermonds auftrat, hinzu, „war das Schloss, was heute der Kapitalismus ist, und heute wären die Geistlichen bereit, sich an die Spitze der Arbeiter zu stellen, um Sturm zu laufen gegen den Kapitalismus.“

Der würdige Abbé wird wohl nichts anderes als das Mißtrauen der Arbeiter erregen.

England.

London, 21. Januar. „Daily News“ melden aus Rom: Zwischen der englischen und italienischen Regierung findet ein lebhafter Depeschenwechsel statt, betreffend eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Dersische. England habe der italienischen Regierung mitgeteilt, daß es eine Truppenabteilung bereit halte, um die italienische Expedition zu verstärken. Andererseits spricht man von einem diesbezüglichen Abkommen zwischen Italien, England und der Kongoregierung.

London, 21. Januar. (Frankf. Hg.) Mehrere für das Frauenstimmrecht interessierte Vereine hielten gestern Nachmittag im Unterhause zusammen mit mehreren Abgeordneten eine Versammlung ab, in welcher sie beschloßen, in der laufenden Sitzungsperiode eine Bill für das Frauenstimmrecht einzubringen.

London, 21. Januar. Der Vertrag zwischen England und Venezuela betreffend Beilegung der Grenzstreitigkeit ist gestern unterzeichnet worden.

Italien.

Rom, 21. Januar. Infolge notwendig gewordenen Erledigung dringender Vorfälle, welche mit den Ereignissen in Griechenland in Zusammenhang stehen, ist die Parliamentssession verlängert worden. Die Auflösung der Kammer erfolgt erst in etwa 6 Wochen.

Eine spätere Depesche meldet: Das königliche Dekret, durch welches die Session des Parlaments vertagt wird, ist heute veröffentlicht worden. Die Direktionslosigkeit scheint im Ministerium Rudini zu herrschen. Es möchte gerne die Kammer auflösen, fürchtet aber, daß die Wahlen unter den Eindrücken von Schredensbotschaften aus Afrika stattfinden.

Spanien.

Eine allgemeine Amnestie soll am 23. d. Mts. (Namenstag des Königs Alfons XIII.) in Spanien bewilligt werden. Allen Verbrechern soll der vierte Teil der Strafe erlassen werden; ausgenommen sind die von Beamten bei der Ausübung ihrer Aemter begangenen Verbrechen, die Majestätsbeleidigungen, die mittels explosiver Stoffe begangenen Verbrechen und die Unthun-rückfälliger Verbrecher. Kleinere Gefängnisstrafen werden gänzlich erlassen. Dieser Theil der Amnestie hat besonders deshalb Interesse, weil er auch auf den kürzlich wegen Beleidigung des Ex-Ministers Bosch zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilten Marquis von Cabrana, der in schonungsloser Weise die Sünden der Madrider Stadtverwaltung aufgedeckt hatte, Anwendung findet; das Urtheil gegen den Marquis wird gerade am 23. Januar rechtskräftig. Die diesjährige Amnestie ist die fünfte seit der Regenschaft in Spanien.

Bulgarien.

Sofia, 21. Januar. Infolge Drängens der Pforte hat die bulgarische Regierung den rückständigen Tribut für drei Monate ge-

zahlt. Den Rest will Bulgarien erst dann bezahlen, wenn seitens der Pforte verschiedene von der bulgarischen Regierung gestellte Forderungen erfüllt worden sind.

Türkei.

Jungtürkische Propaganda. Nach in Philippopol eingetroffenen Berichten aus Konstantinopel wurden infolge der Einschmuggelung überaus zahlreicher Exemplare des jungtürkischen Blattes „Münane“, welches eine ausführliche Sprache führte, neuerdings bei Mohammedanern Ausforschungen vorgenommen. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Amerika.

Washington, 20. Januar. Im Senate brachte Cannon einen Beschlus Antrag ein, welcher den Präsidenten der Union auffordert, binnen 90 Tagen vom 4. März d. J. ab gerechnet, die leitenden Handelsbeamten zu einer internationalen Münzkonferenz einzuladen, welche vor dem 1. Oktober in Washington abgehalten werden soll. Ferner soll der Präsident fünf Kommissare ernennen, um die Frage freier Münzprägung in einem Verhältnis zwischen 15 und 16 zu 1 ernstlich zu betreiben.

Reichstag.

108. Sitzung vom 21. Januar 1897. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Böttcher, Graf v. Posadowsky.

Die Beratung des Reichshaushalts-Etats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsschatzamt und zwar beim Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. Hise (Z.) ist dem Reichsschatzamt dankbar für seine Erklärung über den Quebrachozoll, aber nicht für das Ergebnis der Bundesraths-Verhandlungen. Durch diesen Beschluß seien die Hoffnungen von Tausenden zerstört worden, und es werde im Lande vielfach Verbitterung dadurch hervorgerufen werden. Die zolltechnischen Schwierigkeiten könnten dadurch vermieden werden, daß man den gemischten Fabriken, die Quebracho verarbeiten, den Zoll zurückergütete oder die Verzollung von der Grenze in die Fabrik verlege. Medner schließt mit der Bitte, daß die Regierung trotz aller vorgebrachten Bedenken endlich einen mäßigen Quebrachozoll einführen möge.

Abg. Gerstenberger (Z.) spricht sich ebenfalls für einen Quebrachozoll aus im Interesse der fränkischen Bauernvereine.

Abg. Silbert (Bayerischer Bauernverein): Die Landwirthe meines Wahlkreises werden die Rede des Staatssekretärs dahin aufzufassen, daß die Reichsregierung das Wohlwollen für die Landwirtschaft verloren hat. Es sei kein Wunder, daß dabei der monarchische Sinn der Landwirthe schwindet.

Abg. Fischbeck (Fr. Vg.) spricht sich ebenfalls für einen Quebrachozoll aus im Interesse der fränkischen Bauernvereine. Die Landwirthe werden die Rede des Staatssekretärs dahin aufzufassen, daß die Reichsregierung das Wohlwollen für die Landwirtschaft verloren hat. Es sei kein Wunder, daß dabei der monarchische Sinn der Landwirthe schwindet.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich habe hauptsächlich die technischen Gründe des Bundesraths vorgeführt, die kaum widerlegt werden können. Bei aller Verehrung der Wünsche der Schälwaldbesitzer würde man ihnen praktisch nicht helfen können, denn an stelle des Holzes, welches 18-20 pSt. Gerbstoff gegenüber 12 pSt. Gerbstoffgehalt der Lohse hat, würde der Ertrag in flüssiger Form mit 40 pSt. oder in fester Form mit 80 pSt. Gerbstoffgehalt eingeführt werden. Auf Verhandlungen über diese Frage würde sich seiner der in betracht kommenden Staaten einlassen. Mindestens würden Gegenforderungen gestellt werden, die unerfüllbar sind. Würde für die zollfreien flüssigen Gerbstoffe ein Zoll eingeführt, so würde schließlich das fertig gererbte Leder eingeführt werden. Haben wir einmal freie Hand, so wird man diese Frage sehr ernst von neuem prüfen.

Abg. v. Salisch (L.): Die heutigen Erklärungen des Staatssekretärs waren sympathischer als die gefrigen; aber sie haben uns die Ueberzeugung gebracht, daß der Bundesrath sich festgelegt hat und von seinem Standpunkt nicht weichen kann.

Abg. Werth (Fr. Vg.) bestritt eine Nothlage der Schälwaldbesitzer.

Abg. v. Stumm (Rp.): Grundsätzlich habe ich mich nicht gegen die Handelsverträge ausgesprochen, sondern nur gegen die Erneuerung derselben in der Form, daß die darin enthaltene Schädigung der Landwirtschaft beibehalten werde. Ich werde daher gegen eine Bindung der Getreidezölle auf 3/4, M. und gegen die Zollfreiheit für Lohse sein. Ich bin Mitglied des Zentralverbandes deutscher Industrieller und Vorsitzender industrieller Vereine und weiß, daß die Industriellen mit mir übereinstimmen. Im preussischen Herrenhause sind neben mir noch andere Vertreter der Industrie vorhanden und Herr Freyberg wird wohl demnach, wenn das Handelsministerium-Gesetz an das Herrenhaus kommen wird, sehen, daß die Vertreter der Industrie sich rühren werden. Dem Eichenschälwald macht die Lohse, welche aus Oesterreich eingeführt wird, nicht so viel Schaden wie das gerbstoffreichere Quebrachoholz, während die Extrakte nur für die chemische Industrie in betracht kommen. Bei dem Raubbau, der in Argentinien mit dem Quebrachoholz getrieben wird, wird die Einfuhr desselben bald ganz aufhören oder so zurückgehen, daß die Lohse doch an die Stelle desselben treten muß. Dann wird es schwer sein, den Eichenschälwald aus neue zu schaffen. Deshalb hat das Haus alle Veranlassung, bei seinem Beschlusse stehen zu bleiben und ihn nöthigenfalls zu wiederholen.

Abg. Warth (Fr. Vg.) hält die Gefahr, daß es der deutschen Gerberei an Gerbstoffen fehlen werde, wenn man den Eichenschälwald nicht schütze, für nicht sehr nahe bevorstehend.

Abg. Silbert: Kollege Wech versteht von der Landwirtschaft nichts; aber von dem Popsen mag er mehr verstehen, denn er versteht wohl viel mit den jüdischen Popsenhändlern in Nürnberg. (Weiterkeit.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Wenn eine große Mehrheit des Hauses sich für einen Zoll im Interesse einer heimischen Kultur ausgesprochen hat, dann müssen wir, sobald wir die Arme frei haben, diese Frage einer sehr ernsten und eingehenden Erwägung unterziehen. (Beifall rechts.) Die neuen Handelsverträge werden nicht die bloße Abschrift der jetzigen sein können. Es ist ein Mangel unseres autonomen Tarifs, daß er nicht genügend spezialisiert ist, so daß wir Staaten gegenüber, die spezialisierte Tarife haben, ins Hintertreffen kommen. (Sehr richtig! rechts.) Die Spezialisierung ist eine sehr schwierige Arbeit, denn es muß mit allen möglichen Interessentengruppen verhandelt werden, und dazu gehören Jahre. Es folgt daraus, daß die neuen Handelsverträge nicht eine Abschrift der alten sein können.

Abg. Werth (Fr. Vg.) verweist darauf, daß er einen großen Theil seines Lebens auf dem Lande zugebracht habe, weil sein Vater und Großvater Grundbesitzer gewesen seien, sogar Großgrundbesitzer. Er verstehe also von der Landwirtschaft genügend. Der Quebrachozoll sei eine Seeschlange, von der der Abg. Silbert eine Flosse ist. (Weiterkeit.)

Abg. Brunel (natl.) tritt für den Quebrachozoll im Interesse der kleinen Kohler ein.

Abg. Graf Kanig (L.): Glauben die Freisinnigen, daß 1902 eine Mehrheit für die einfache Verlängerung der Handelsverträge zu finden sein würde? (Widerspruch links.) Der Staatssekretär hat also nichts neues, überraschendes vorgebracht, sondern nur etwas bestätigt, was wir alle wissen, daß von einer Fortführung der Handelsverträge-Politik nach 1902 nicht die Rede sein kann. Einen spezialisierten Zolltarif wie andere Staaten müssen wir auch haben. Aus der Spezialisierung des russischen Tarifs sind ja die Schwierigkeiten wegen der Verzollung seiner Ledermwaren in Rußland entstanden. Wenn auch die Zölle für Gerbstoffe gebunden sind, so fällt doch darunter nicht ohne weiteres das Quebrachoholz. Hossentlich kommt man in den nächsten sieben Jahren doch noch vor Ablauf der Handelsverträge zur Einführung eines Quebrachozoll.

Abg. Warth (Fr. Vg.): Soviel ich weiß, hat die Militärverwaltung schon einmal die Auskunft gegeben, daß das Schutzeig von Quebrachoholz nicht weniger werth ist, als das von anderem Leder. Es hindert die Militärverwaltung garnichts, bei ihren Abschüssen nur eichenlohgeres Leder zu kaufen. Warum soll die ganze Bevölkerung in dieser Beziehung bevormundet werden? Die Mehrheit des Reichstags für die Handelsverträge war eine sehr beträchtliche, und ich habe das Vertrauen, daß bei derselben Frage der Reichstag zu demselben Ergebnis kommen wird, nachdem er sich überzeugt hat, daß die Handelsverträge sehr segensreich waren. (Widerspruch rechts.) Es handelt sich nicht um diesen Reichstag, sondern um einen nächsten Reichstag, und ich für meine Person wünsche mir gar keine bessere Wahlparole als die Handelsverträge. (Lebhafte Zustimmung links, Widerspruch rechts.)

Abg. v. Stumm (Rp.): Die Militärverwaltung hat sich nachdrücklich für einen Quebrachozoll ausgesprochen. Wenn der Verbrauch des Publikums an lohgarem Leder zurückgeht, dann wird es schließlich dahin kommen, daß lohgares Leder gar nicht mehr hergestellt wird. Die große Mehrheit für die Handelsverträge war nur bei dem österreichischen Vertrag vorhanden, weil dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse in Vordergrund standen. Aber beim russischen Vertrage war die Mehrheit geringer, und wenn diejenigen davon abgezogen werden, welche lediglich aus Konsequenz darauf gestimmt haben, so werden sich eine Mehrheit ergeben. Diefach hat man für den russischen Handelsvertrag auch nur gestimmt, weil dessen Ablehnung ein Affront gegen Rußland gewesen wäre.

Abg. Wolfenbühler (Soz.): Selbstmüßig hat die Mehrheit des Reichstages früher einen Beschluß gefaßt, der in seinen Konsequenzen darauf hinauslaufen würde, eine neue Industrie vollständig zu vernichten. Denn wäre die Regierung auf die Resolution eingegangen, so wäre die neuentwickelte Lederindustrie vollständig vernichtet worden. Daß der Staatssekretär für das Reichsschatzamt die Forderung erweckt, daß nach Ablauf der Handelsverträge dieser Richtung Rechnung getragen würde, kann bedenkliche Folgen haben. Der Lederindustrie wird es dann ebenso gehen wie den Epporischlächtereien, die sich über die Grenze gezogen haben, wo sie ungehindert vom deutschen Zoll ihr Handwerk treiben können. Ich glaube, im Interesse des Handels und der Industrie können wir niemals Maßnahmen unternehmen, die einen technischen Fortschritt hindern, nur weil einzelne einen Nachtheil davon haben. Mühte man aus Rücksicht auf das Kleingewerbe das Großgewerbe hindern, warum hat man dann nicht zu jener Zeit eingewirkt, als das Thomasschladen-Verfahren eingeführt wurde, das das Holzloheisen-Verfahren in den Hintergrund drängte und wozu die kleinen Leute, die Köpfer, einen großen Nachtheil hatten. Die Eisenwerke im Siegerland sind größtentheils zu Grunde gegangen. Und von derselben Seite, die die Eisenindustrie im Siegerland unterdrückt hat, wird jetzt diesem empfohlen, als Ersatz Eichenschälwaldungen zu bauen.

Ich wollte aber hier besonders eine andere Frage aufwerfen, nämlich, ob irgend ein Bundesstaat sich andere Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern machen darf, als ihm durch die Ueberweisungen zu theil werden. Hamburg bekam 1890/91 4 015 840 M., später etwas weniger, am wenigsten 1892 mit 3 355 770 M. Diese ihm für die Besoldung der Beamten überwiesenen Summen sind aber keineswegs für die Beamten vollständig aufgebraucht worden, sondern es hat sich in den sechs Jahren ein Ueberfluß von 1 165 668 M. ergeben, die Hamburg zurück behält. Nun heißt es zwar in den Vorschriften, daß es des Nachweises nicht bedarf, daß die betreffenden Beamten die Zahlung vollständig erhalten haben, aber ich glaube, aus dieser Annahme geht höchstens hervor, daß man nicht nachweisen braucht, daß die Summen bis auf den letzten Pfennig ausgezahlt sind. Daß aber die Einzelstaaten so große Ueberflüsse aus den Beamtengehältern machen können, wird kaum zulässig sein. Als 1888 der Zollanschluß in Hamburg sich vollzog, war eine Reihe preussischer Beamten dorthin abkommandirt. Die dortigen Beamten bekamen also die niedrigen Sätze des Hamburgischen Staates; darüber beschwerten sich die preussischen Beamten und man hat ihnen die vorerhaltenen Beträge nachzahlen müssen. Die heimischen Beamten wurden also schlechter bezahlt als die ausländischen. Werden nun solche Fonds gebildet, so entziehen sie sich der Kontrolle des Reichstags und werden zu anderen als Reichszwecken verwendet. Da nun die Inhaber von Geschäften, die unter Zollkontrolle arbeiten, für ihre privaten Beamten die ganzen Durchschnittssätze für die Gehälter dieser Beamten zu zahlen haben, so müssen sie mehr zahlen als der Staat an seine Beamten. Der Staat macht also ein direktes Geschäft mit den Zöllen, die er durch diese Beamten erhebt. Zwar verlautet, daß man in Hamburg demnach das Dienstaltersstufen-System einführen will und vielleicht gebent man den Fonds von einer Million dazu zu verwenden. Hamburg hat aber schon zu sammeln angefangen, ehe diese Frage überhaupt ventilirt wurde. Da in den Staaten, die dieses System durchzuführen, die Sätze von 3 zu 3 Jahren berechnet werden, so bedarf es dieser Ansammlung überhaupt nicht. Es laufen in Hamburg allerlei Gerüchte um, auf die ich nicht näher eingehen will, weil ich nicht glauben darf, daß sie irgend welche reale Unterlage haben. Aber für die fraglichen Beamten ist dieses Verfahren geradezu von unheilvoller Wirkung. Die beschwerdeführenden Beamten sind vom Senat in der schroffsten Weise abgewiesen worden. Ein großer Theil von ihnen ist in Noth und Schulden gerathen, der volle Durchschnittssatz ist ihnen bis heute noch nicht gewährt worden. Bei der Schwere ihres Dienstes, der schon in 40 Jahren zum Wahnsinn geführt hat, ist ihre Erbitterung begreiflich. Das Reich hat selbst ein Interesse daran, daß die Beamten nicht in Noth gerathen und Befehlungen zugänglich werden. Man sollte von Reichswegen dafür sorgen, daß die in Hamburg für die Beamtenbesoldung gezahlten Gehälter zu diesem Zwecke auch verwendet werden. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Kosten für die Hebung und Verwaltung der indirekten Steuern werden nach einem doppelten Maßstabe vergütet. Die Besoldungen der Grenzbeamten werden nach einem durch mehrjährige Durchschnitts festgestellte Pausch-Quantum vergütet, für die übrigen Beamten werden Prozente der Einnahmen verwendet. Ueber die Vertheilung der Besoldungen unter die Beamten steht dem Bundesrath und Reichstag keine Ver- stimmung zu, denn die Beamten sind Landesbeamte. Die Erörterungen des Vorredners gehören nicht zur Kompetenz des Reichstags. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Die Anträge Ulrich (wegen Einrichtung internationaler Schiedsgerichte bei Zollstreitigkeiten) und Kenzmann (wegen Einföhrung von Reichsbehörden zur Auslösung über Zollangelegenheiten) und zur Entscheidung von Zollstreitigkeiten) werden abgelehnt. Dagegen wird der Antrag Hamacher wegen der Errichtung einzelstaatlicher Behörden für dieselben Zwecke, welche im Antrag Kenzmann an- geführt sind, gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Bei der Ausgabe für die Universität Straßburg kommt Abg. Lieber (Z.) auf die Relegierung von Studenten zu sprechen. Geheimrath Halle: Die Universitätsbehörden sind in Disziplinarfachen der Studenten völlig unabhängig; die Staatsregierung ist mit diesen Dingen in keiner Weise befaßt gewesen.

Abg. Hüffel (Rp.): Die Vorgänge, die nur die Studenten allein anging, wurden von der Presse parteipolitisch verwendet, während die Aeußerungen des Rektors durchaus keinen Zweifel lassen, daß keine Voreingenommenheit vorhanden war.

Abg. Lieber (Z.): Rühmlich ist die Haltung der Studenten nicht gewesen sein, aber rühmlich ist auch die Haltung der Uni- versitätsbehörde nicht, welche mit den Hören zu Kompromissen kommt.

Die Ausgabe für die Universität Straßburg wird genehmigt; ebenso die übrigen Ausgaben und die Einnahmen des Reichs- schatzamtes.

Bei den einmaligen Ausgaben des Reichsamtes des Innern und zwar bei denen für die Besoldung des Reichs an der Welt- ausstellung in Paris 1900 berichtet Abg. v. Leipziger über die

Abgeordnetenhaus.

23. Sitzung vom 21. Januar 1897. 11 Uhr. Am Ministertische: Miquel, Schönstedt, Woffe, v. d. Rede, Bresfeld und Kommissarien.

Abg. Brandenburg (3.) erörtert die Gehalts erhöhungen der Beamten. Die Erhöhungen sind nach oben sehr hoch, nach unten sehr gering. Er werden nach oben so viel Tausende gezahlt, wie nach unten Hunderte gegeben werden. Es zeigt sich auch hier, daß derjenige, der das Kreuz in Händen hat, sich zuerst segnet. Die unterschiedliche Behandlung der Richter und Verwaltungsbeamten wird im Volke das richterliche Ansehen nicht erhöhen. In Hannover waren die Richter bereits vor 30 Jahren mit 2000 Thalern besoldet, ein Betrag, der heute in Preußen als Höchstbesoldung gilt und jetzt durch die Gehaltserhöhung nur um 300 M. gesteigert ist.

Abg. v. Puttkamer (L.) kann sich nur ganz mit den Ausführungen des Grafen Limburg einverstanden erklären. Nicht der Landwirtschaft befindet sich das Handwerk in einer läßlichen Lage, ihm muß geholfen werden, ehe die Handwerker zu eigenhumslosen Arbeitern herabsinken und zur Sozialdemokratie übergehen. Durch die im Ledert-Lühow-Prozess zu Tage getretenen Erscheinungen hat das Ansehen der Regierung nicht gewonnen, was wir aufrichtig bedauern. Seine „Mundöffnung“ hätte sich Herr Richter sparen können, wir sind an Zahl und Einsicht stark genug, seiner Anregung nicht zu bedürfen; wenn es in meiner Macht stünde, würde ich Herrn Richter den Mund schließen. (Lachen!) Abg. Richter ruft: Das sieht seiner Familie ähnlich! Wenn die nach dem Frempalast ausbezogenen Herren noch auf der Börse ihr altes Geschäft weiter machen könnten, so würden sie gern dort geblieben sein. Die Landwirthe können den Verlauf der Dinge ruhig mit ansehen; wenn aber die Regierung den Gesetzen keine Geltung verschaffen kann, so scheint das doch der Anfang von Ende zu sein. (Bravo!)

Abg. Kuntze (3.) erörtert eingehend die Beamten-Gehaltserhöhungen. Regierungskommissar Geh. Oberfinanzrath Vestan legt dar, daß die unterschiedliche Behandlung der Richter- und Verwaltungsbeamten-Gehaltserhöhung stets bestanden und auf das Volksbewußtsein keinen den Richtern ungünstigen Eindruck gemacht hat.

Abg. Gamp (fr.) Das richterliche Ansehen hat gelitten durch die Verschiedenheit der juristischen Auffassungen in derselben Sache. Die Subalternbeamten gingen in den Petitionen ganz entschieden zu weit; sie stehen viel besser als die Buchhalter großer Geschäfte, die schwerlich in der Lage sind, für ihre Mißthaten in der Weise zu sorgen, wie das den Subalternbeamten geschieht ist. Abg. Stöcker hat gestern den Herrn v. Stumm in Verbindung gebracht mit den Personen des Prozesses Ledert-Lühow. Herr v. Stumm habe ihn (den Redner) beauftragt zu erklären, daß er die Personen Ledert, Lühow und Tausch erst aus dem Prozesse kennen gelernt. Er erwarte von dem Gehörgefühl des Herrn Stöcker, daß dieser seine Behauptungen zurücknehme. Redner erörtert dann die Verhältnisse der Produktenbörse im agrarischen Sinne. Wir sind ja gewöhnt, von der Börse gegen jede obrigkeitliche Anordnung Widerstand zu erfahren, daß ist früher geschehen gegen Anordnungen, die heute als durchaus zweckmäßig anerkannt sind; hoffentlich geschieht das auch heute gegenüber der neuen Börseordnung. Die Privatversammlungen werden gewiß als Börsen angesehen sein; jedenfalls wird es sich empfehlen, die Frage im Verwaltungsstreit-Verfahren zur Entscheidung zu bringen. In der Börsefrage möge man suaviter in modo, aber auch fortiter in re vorgehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Kirch (3.) nimmt die Gerichte gegen Vorwürfe des Abg. Gamp in Schutz, der ein großer Freund der Laiengerichte zu sein scheint, hoffentlich auch der Schwurgerichte. Es wäre vielleicht besser gewesen, wenn der Finanzminister die 20 Millionen den Ressortministern zur Verfügung gestellt und nicht weiter in die Sache eingegriffen hätte.

Minister Miquel: Wenn der Redner die Vorgänge in der Verwaltung näher kennt, so würde er diese Behauptung nicht gethan haben. Gewiß ist diese Vorlage ein Kompromiß, aber ein notwendiges. Die Richter haben erhebliche Vortheile wiederholt zugewendet erhalten, es kann also gar nicht die Rede sein von einer Zurücksetzung der Richter. Die Regierung würde das Nichtzustandekommen der Gehaltsvorlage schmerzlich bedauern.

Abg. Gortzein (fr. B.): Der deutsche Handelsstand hat das Börsegesetz als eine Kränkung des ehrbaren Handelsstandes erklärt. Mit Gesetzen, wie dem Börsegesetz, erreichen Sie nichts; wollen Sie wieder gesunde Notirungsverhältnisse schaffen, so heben Sie das Verbot des Terminhandels auf. Den Landwirthen den Zutritt zur Börse zu gestatten, wäre ganz ungefährlich. Heute ist der Kapitalist wegen des Rückganges seiner Rente viel schlechter daran, als der Landwirth, auch der Handelsstand hat zu kämpfen. Nach der neuen Fassung beträgt die landwirtschaftliche Bevölkerung nur noch 1/3 der Gesamtbevölkerung. Man lasse die Geschäftigkeiten bei Seite, so daß ein soziales Zusammenwirken wieder möglich ist. (Bravo!)

Minister Bresfeld widerlegt den Vorwurf, daß er die Maßnahmen zur Durchführung des Börsegesetzes verspätet habe; die Maßnahmen sind rechtzeitig getroffen, waren auch rechtzeitig in den Händen des Vorstandes der Börse, nur die Veröffentlichung war infolge verschiedener Zwischenfälle eine etwas verspätete. Ueber die Zusammenkünfte der Getreidehändler sind genaue Ermittlungen veranlaßt; stellt sich heraus, daß es sich um Privatbörse handelt, so würde die Regierung verlangen, daß auch eine Börseordnung erlassen wird; das entspricht dem Sinn und Geist des Börsegesetzes. Diese Auffassung wird vom Staatsministerium getheilt. Welche Schritte gegen Privatbörse zu unternehmen sind, die keine Börseordnung annehmen, das bleibt zu überlegen; jedenfalls würde die Frage im Verwaltungsstreit-Verfahren entschieden werden. Hier brauchen wir uns den Genuß der Staatsberathung durch solche Erwägungen nicht läßeln lassen. (Weiterleft!)

Abg. v. Czarlinski (Pole): Die gestrigen Ausführungen des Ministers gegen die Polen waren unerhört. Ich fordere von dem Minister Beweise für seine Anschuldigungen, sonst erkläre ich diese für Verleumdungen. (Unruhe. Der Präsident ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.)

Minister Miquel hat seit Jahren aus der polnischen Presse den Eindruck steigender Erregtheit, Bitterkeit, ja Bosheit gegen die Regierung gewonnen, die auf eine Störung des Friedens der Bevölkerung hinausläuft; dazu werden aber die Polen nie kommen.

Minister Woffe verliest aus dem „Kurier polanski“ aufhebende Stellen; in ähnlicher Weise haben sich auch Blätter außerhalb Deutsch-Polens geäußert. Das magne jedenfalls die Regierung zur Aufmerksamkeit.

Damit schließt die Debatte.

Nach einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen wird der Etat der Budgetkommission, die Besoldungs-Denkchrift an die um 7 Mitglieder verstärkte Budgetkommission verwiesen.

Morgen (Freitag) 11 Uhr: Richtergehälter und kleine Vorlagen. Schluß 6 Uhr.

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 21. Januar. 1 Uhr.

Wahl des Präsidenten. Von 214 abgegebenen Stimmzetteln sind 2 unbeschrieben, 118 lauten auf den Fürsten zu Wied, 94 auf den Herzog von Ratibor, 2 sind unbeschrieben.

Fürst zu Wied ist sonach gewählt und erklärt in längerer Rede, in der er wiederholt um Nachsicht und Unterstützung bittet, da seine Kraft durch eine vor Jahren überstandene Krankheit gelitten habe, die Annahme der Wahl.

Das Haus erledigt sodann Petitionen. Morgen: Repräsentationsgesetz.

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 21. Januar, nachmittags 5 Uhr.

Zur hundertjährigen Geburtstagsfeier des Kaisers Wilhelm I. beabsichtigt der Magistrat eine Reihe von Veranstaltungen auf Kosten der Stadt. In gemischter Deputation soll darüber berathen werden. Schnelliger Erledigung aber bedarf die Geldfrage betreffs der Herstellung und Anschaffung einer Denkschrift, welche ein Lebensbild des verstorbenen Kaisers geben soll und in etwa 100 000 Exemplaren an Schüler der städtischen Schulen vertheilt werden soll. Die Kosten dafür sind auf 20 000 M. veranschlagt, und wenn das Werk noch rechtzeitig fertig gestellt werden soll, ist dem Verfasser alsbald der Auftrag zu dem Werke zu ertheilen. Hiernach beantragt der Magistrat die Einsetzung einer gemischten Deputation (5 Magistratsmitglieder, 10 Stadtvorordnete) und die Bewilligung der 20 000 M.

Stadtv. Dr. Jadel: Namens meiner Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Als Sozialdemokraten lehnen wir es ab, uns an Verhandlungen, betreffend die Feier des hundertjährigen Geburtstages des Kaisers Wilhelm I. zu betheiligen. (Zwischenruf: Ist das aber ein Unglück!) Wir protestiren gegen die Verwendung städtischer Mittel, welche von der Allgemeinheit, darunter auch von unseren Parteigenossen aufgebracht werden, für diesen Zweck, und halten es für unverantwortlich, dem Personenkultus (Widerspruch; Aufse: Oho!) so hohe Summen zu opfern, die weit besser zur Linderung des winterlichen Elends in der Großstadt, zur Speisung der tausende von Arbeitslosen verwendet würden, welche alltäglich Wärmehallen und öffentliche Obdach suchen. (Ironischer Beifall.) Wir protestiren deshalb gegen die geplante Massenvertheilung einer Festschrift an die Schulen unserer städtischen Lehranstalten, da wir nicht das Vertrauen hegen, daß das Lebensbild Wilhelm I. streng objektiv gehalten sein und der historischen Wahrheit entsprechen wird. (Große Unruhe und Widerspruch.) In diesem Protest wissen wir uns einmütig mit allen freiheitsliebenden Elementen unserer Stadt (Widerspruch), welche Jahr für Jahr, auch im März, der theuren Todten gedenken, die 1848 auf den Straßen Berlins im Kampf für das Volk gefallen sind (Lärm und Oho-Aufe) und gleichzeitig der Stellung, welche Wilhelm I. damals noch Prinz von Preußen, in jenen Tagen eingenommen hat. (Große Unruhe und Lärm.) In diesem Protest wissen wir uns einmütig mit der gesammten arbeitenden Bevölkerung, welche noch nicht jenes Geseh vergessen hat, das sie 12 Jahre entrechtet und geächtet (Anhaltende Unruhe), tausende um ihre Familie, Existenz und ihre Freiheit gebracht hat — unter der Regierung und mit Zustimmung Wilhelm I. (Andauernde Lärm.)

Stadtv. Gornik: Die Versammlung konnte einen Protest gegen den Magistratsantrag erwarten, aber nicht in der Form, wie er erfolgt ist, und die Ruhe, mit der die Versammlung ihn angeht, hat, beweist nur das große Maß von Duldung, welches diese Versammlung besitzt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Daß der Verfasser des Protestes sich soweit vergißt, von Personenkultus zu reden, beweist nur den Mangel an geschichtlichem Sinn, der den Herrn erfällt, und das angewandte Maß der Kritik nur die Anseligkeit des Standpunktes, den er einnimmt. (Zustimmung und Widerspruch; Zuruf: Ihre Rede ist unter der Kritik!) Ich halte hier überhaupt keine Rede. Diese Anspielungen scheinen mir nicht der Mühe werth, widerlegt zu werden. Ich fühle mich einmütig mit der Gesamtheit der Versammlung, abgesehen von jenen Herren, in der Auffassung, daß solche Ansichten hier nicht ganz un widersprochen bleiben, damit es nicht nach außen hin den Eindruck mache, als ob derartige Deklamationen das geringste zu bedeuten hätten. (Andauernde Zwischenrufe.) Die Herren thun, was sie thun können und was sie glauben, thun zu sollen, und wir thun, was wir für das einzig richtige halten, diese Reden nicht weiter zu beachten. Kaiser Wilhelm I. hat Verdienste, die niemals vergessen werden sollen! (Lebhafte Zustimmung; Auf bei den Sozialdemokraten: Rein, sie sollen nicht vergessen werden!)

Stadtv. Schwalbe: Auch ich verschmähe es, auf die Ausführungen des ersten Redners einzugehen. Die Herren haben eine Meisterschaft darin erlangt, die Gefühle derer zu verletzen, welche anderer Gesinnung sind als sie. Die größte Anzahl der Kollegen sonst hier fühlen anders; der Protest ist bloß berechnet auf die, welche unbedingt zur Fahne der Herren schwenken. Ich beantrage, daß der gemischten Deputation die Auswahl des Verfassers übertragen wird, damit wir für die Objektivität der Darstellung der Denkschrift möglichst Garantie gewinnen.

Der Magistrats-Antrag wird mit diesem Zusatz angenommen.

Hierauf geht die Versammlung zur Vorlage betreffend die Vergebung der „Rehricht- und Schnee-Abfuhr“ über. Die Rehricht- und Schnee-Abfuhr aus den Straßen Berlins soll auf die Zeit vom 1. April 1897 bis 31. März 1900 wiederum an den Fuhrunternehmer Labbert, Mühlenstr. 61/63, als Mindestfordernden vergeben werden. Herr Labbert fordert für die Abfuhr des Rehrichts eine jährliche Pauschalsumme von 571 200 M., für jede außerordentliche Schneefuhr 250 M.

Ohne Diskussion giebt die Versammlung ihre Zustimmung. Zur Beschaffung von drei mechanischen Feuerleitern nach dem östlichen Dreifarbarmleiter-Kaliffensystem für die Berliner Feuerwehr werden 18 000 M. gefordert.

Auf Antrag Kyllmann wird die Vorlage einem Ausschuss von 5 Mitgliedern übergeben, welche der Vorstand sofort ernennet. Schluß 6 Uhr.

Die Verwendung städtischer Mittel für eine Feier der Geburt des verstorbenen Kaisers Wilhelm I. bildete den ersten Gegenstand in der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung. Unsere Leser finden im Bericht über dieselbe den gegen derartige Feiern in der Versammlung abgegebenen würdigen Protest. Daß für die Stadtvorordneten-Mehrheit der Rechtsanwält und Justirath Horwich das Wort ergriff, ist bezeichnend für das Gefühl der Nothwendigkeit, daß nur Proben über das Zutreffende des sozialdemokratischen Protestes hinweghelfen können. Eifrig studirt wurde von den Stadtvörtern ein von einem strebhaften Buchhändler als Festschrift angepriesenes Nachwerk, betitelt „Kaiser Wilhelm der Große und seine Vorzeit“. Die Stadtväter schmunzelten, als sie auf Seite 57 des Buches über die 1848er Revolution folgendes lasen: „Doch, man konnte sich nicht recht verständigen, eine Theuerung regte die Massen auf, die besonders in Berlin von polnischen und französischen Agenten noch aufgewiegelt wurden, und so kam es durch ein Mißverständnis am 18. März 1848 zu einigen Unruhen in Berlin, bei denen das Militär einschritt.“

Die Stadtväter freuten sich daß, daß es nur die „Polen und Franzosen“ waren, die die Bewegung hervorgerufen hatten. Früher verbreiteten reaktionäre Lügenmäuler, diese Vörsenwichter seien „Juden, Polen und Franzosen“ gewesen. Da endlich die Juden von dem bösen Revolutionsverdacht so entlastet sind, wird wohl das Nach-

werk den Preis, als „Festschrift“ auf Gemeindefosten vertheilt zu werden, erringen. Verständlich macht diese Stelle auch, weshalb gerade Herr Horwich sprach; 1848 oder kurz zuvor war Herr Horwich nämlich noch Jude. Das Büchelchen empfiehlt sich auch als „objektives“ Lebensbild dadurch, daß es von Rastatt, vom Sozialisten-geseh und der verachteten Krächzung des arbeitenden Volkes durch dasselbe — kein Sterbenswörtchen erwähnt.

Aus dem Rathhause wird berichtet: Das Ergebnis der Sitzung der Verkehrs-Deputation am 20. d. M. ist von einigen Zeitungen in einem Punkte unrichtig wiedergegeben worden. Es ist nämlich nicht beschlossen worden, in dem Vertrage mit den Pferdebahngesellschaften den Vorbehalt zu machen, daß die frühere beschlossene Grenze von 400 Metern der Mitbenutzung der Gesele erforderlichensfalls — was doch gleichbedeutend wäre mit der Aufhebung des früheren Beschlusses — erhöht werden kann. Diese Mittheilung kann, wie wir von zuständigen Seite aufmerksam gemacht worden, zu unliebsamen Deutungen Veranlassung geben. Es ist vielmehr bei den 400 Metern verblieben, nur bei den zwei von uns angegebenen Straßen soll ausnahmsweise eine weitergehendere Mitbenutzung der 400 Meter zulässig sein.

Der von der Stadtvorordneten-Versammlung eingesehete Ausschuss zur Vorprüfung der Frage, ob für auswärtige Schüler der städtischen Realschulen das Schulgeld von 80 M. auf 180 M. zu erhöhen sei, ist sich dahin schlüssig geworden, der Stadtvorordneten-Versammlung die Ablehnung des betr. Magistrats-Antrages zu empfehlen. Bemerkenswerth ist das Gesuch des um Vermietung seiner theuren Wohnungen besorgten Grundeigentümer-Vereins Süd-Ost, doch ja die Schulgeld-Erhöhung durchzuführen.

Lokales.

An die Parteigenossen des ersten Reichstags-Wahlkreises! Zur Stärkung der Partei und ihrer Organisation ist es erforderlich, daß die Agitation von Mund zu Mund namentlich in den Werkstätten und Arbeitsplätzen mit größter Umsicht und Energie betrieben werde. Vor allem muß dahin getrebt werden, daß die Parteipresse und die Organisation der Partei unter den Arbeitern diejenige Beachtung finde, die ihr gebührt. Jeder Parteigenosse hat die Pflicht, sich vor allem der Organisation anzuschließen, deren bekannte Zahlstellen Aufnahmegelege und Beiträge entgegen nehmen. Die nächste Bezirksversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für den ersten Berliner Wahlkreis wird am nächsten Montag, abends 8 1/2 Uhr, Stralauerstr. 57 bei Miegel abgehalten. Zahlreiche Theilnahme ist erwünscht. Die Zahlstellen des Wahlvereins befinden sich bei Linke, Jüdenstr. 36; Preuß. Neue Friedrichstr. 20; Sommer, Grünstr. 21; Schwandke, Flensburgerstr. 24.

Die städtische Waisen-Kostpflege, die von der Waisen-Verwaltung kärglich mit so großem Eifer gegen einen in einem hiesigen Blatte erhobenen, aber irthümlich an diese Adresse gerathenen Vorwurf verteidigt wurde, präsentiert sich auch in dem letzten Verwaltungsbericht, wie immer, in ziemlich vortheilhafter Beleuchtung. Von den in Kostpflege gegebenen, d. h. nicht in den städtischen Waisen- und Erziehungshäusern, sondern in Familien oder nicht-städtischen Anstalten untergebrachten Kinder waren in Berliner bezw. auswärtiger Pflege am 1. April 1895 1688 bezw. 2425. Im Laufe des Jahres 1895/96 kamen 839 bezw. 1272 zu und gingen 965 bezw. 1152 ab, so daß am 1. April 1896 ein Bestand von 1612 bezw. 2545 blieb. Die tägliche Durchschnittszahl stellte sich auf 1628 bezw. 2390. Die Bevorzugung der auswärtigen Pflege, die als in sittlicher und gesundheitlicher Hinsicht besser gilt und — nebenbei bemerkt — billiger ist, hat weitere Fortschritte gemacht. In auswärtiger Pflege befanden sich 1895/96 bereits über 59 pCt. der hier in betracht kommenden Kinder. Die Beaufsichtigung der Kinder und der Pfleger befragen in Berlin die Gemeinde-Waisenräthe, in der auswärtigen Pflege meist Geistliche, auch Lehrer, Küster, Gemeindevorsteher u. s. w.; außerdem wird durch den Erziehungsinспектор superrevidirt. Die Waisenräthe erstatteten 1895/96 4163 Berichte, von denen 430 mit „sehr gut“, 3696 mit „gut“, nur 22 mit „mangelhaft“ und 15 mit „schlecht“ jeinfirt wurden; wobei aber „gut“ natürlich nur soviel bedeutet wie: gut im Verhältnis zu der schlechten Bezahlung. Der superrevidirende Erziehungsinспектор findet in der Regel nicht viel zu tabeln. Auch im letzten Bericht konstatiert er wieder, daß die Pflegerstellen von Jahr zu Jahr einen Fortschritt zum Besseren zeigen. Doch fehlt es in diesem Blatte auch nicht an häßlichen Fledern. Verwendung der Pflegerkinder zum Viehhüten, die vertragsgemäß verboten ist, wurde bei vier Pflegerstellen festgestellt; drei davon wurden infolgedessen aufgelöst. Zur Frage der gewerblichen Nebenbeschäftigung der Pflegerkinder erklärt der Erziehungsinспектор, auf die bekannten in Berlin, Charlottenburg, Rixdorf u. s. w. vorgenommenen Enquetes bezugnehmend, daß er hierauf von jeher ein scharfes Auge gerichtet habe. Er scheint jedoch nur in schlimmen Fällen nachdrücklich dagegen ausgetreten zu sein; der Bericht sagt: — wenn ich wahrnahm, daß jüngere Waisen noch in der Dämmerung und bei schlechtem Winterwetter Zeitungen austragen, oder bei Bäckerleuten gar früh Morgens Backwaare in die Häuser tragen mußten, oder bei Webern das Spulen, bei Seilern das Naddrehen das schädliche Maß überstieg. Man beachte die weitgehende Toleranz, mit der hier der Erziehungsinспектор seinen Tadel gegen die Ausbeutung der Pflegerkinder auf die allerschlimmsten Fälle einschränkt! Das Spulen ist übrigens, wenn wir nicht irren, vertragsgemäß überhaupt — nicht bloß, wenn es das schädliche Maß übersteigt — verboten. Wie viele Fälle von gewissenloser Ausbeutung sich dem „scharfen Auge“ des Erziehungsinспекtors entzogen haben mögen, das muß dahingestellt bleiben. Die verbotswidrige Verwendung zum Viehhüten scheint ja nicht mal von dem zur Aufsicht bestellten Geistlichen u. s. w., welche doch beinahe täglich revidiren konnten, bemerkt worden zu sein.

In einem Konflikt ist es zwischen dem Kuratorium der Berliner Unfall-Stationen und dem hiesigen Kopp'schen Krankentransport-Institut gekommen. Das erstgenannte hatte, einem hiesigen Blatte zufolge, zur gemeinsamen Ausführung von Krankentransporten mit dem Kopp'schen Institut einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem letzteres für die sogenannten Hauptstationen die Krankenträger, Pferde und Kutscher zu stellen hatte, während es den Vorständen der einzelnen Stationen oblag, für telephonische Verbindung mit dem Institut und für die erforderlichen Krankenträger Sorge zu tragen. Gewisse Unregelmäßigkeiten, die bei der Ausführung verschiedener Transporte vorgekommen sind, angeblich durch Verschulden der Unfallstationen, veranlassen Herrn Kopp — wie er in einem Schreiben an die Berliner Ärzte mittheilt — von dieser Vereinbarung zurückzutreten und gestatten ihm, die Verantwortung für sachgemäße und prompte Krankenförderung nur dann zu übernehmen, wenn Befestlungen an sein Zentraldepot direkt und nicht mehr an die Unfallstationen gerichtet werden. In dem Schreiben wird hervorgehoben, daß die Unfallstation I in der Wilhelmstraße trotz öfterer Vorstellungen seitens des Herrn Kopp die Krankenträger ohne Beigabe von Krankenträgern, nur mit dem Kutscher allein ausdrücken ließ. Als Entschuldigungsgrund sei angeführt worden, der Krankenträger habe seinen Aufgebtag! Der Wagenführer sei so auf die Mitwirkung zufällig beispriegender Straßenpassanten angewiesen gewesen, welchen die einfachsten Handgriffe zum schmerzlosen Aufheben des Patienten unbekannt waren. In der Unfallstation IV (Flensburgerstraße) soll ebenfalls niemals ein Wärter für die Krankenförderung zur Hand gewesen sein; hier soll sich außerdem der Leiter der Station geweigert haben, vor-

Kommendenfalls die in einem benachbarten Depot stationierten Krankenwagen telephonisch zu bestellen — nur deshalb, weil ein Krankenwagen eine kontraktlich ausdrückliche vereinbarte Aufschrift trug, die nicht nach seinem Geschmack gewesen sei. Insofern dessen hätte er (Kopp) zu einem Unfall in der Gegend der Händlburgerstraße erst einen Wagen aus seinem weit entfernten Zentral-Depot schicken müssen, trotz seines Hinweises, daß die Bestellung von der Polizei ausgegeben worden sei und der Verunglückte durch eine Verögerung des Transportes in die höchste Gefahr gebracht werde. So die Mitteilungen. Was hat das Kuratorium der Unfallstationen dazu zu sagen?

In der Urania, Abtheilung Invalidenstr. wird am Freitag, abends 8 Uhr, Herr Professor Frech aus Breslau seinen Vortrag „Norwegische Fjordlandschaften und ihre Entstehung“ halten. Eine Wiederholung dieses Vortrages kann nicht stattfinden.

Vom kaiserlichen Spielhause im Monbijou-Park. Die „Zeit“ schreibt: „Unsere Mittheilung, daß neulich Sonntag am dem Spielhause des Kaisers im Monbijou-Park gearbeitet worden sei, war von dem Abg. Wurm im Reichstage erwähnt worden. Darauf wurden, wie wir hören, verschiedene Zweifel laut und der Maurermeister selber bestritt die Richtigkeit unserer Angabe. Nun haben aber zwei Augenzeugen an jenem Tage folgendes gesehen: An einer Thür des Spielhauses hämmerte oder meißelte ein Arbeiter, ein anderer fuhr etwas herbei, aus dem Innern erklangen Pammerschläge und es brannten die bekannten Koksöfen, kurz, es wurde gearbeitet. Und das war am Sonntag Nachmittag zu einer Zeit, wo das Geseh die Arbeit verbietet. Wenn es nötig erscheint, so werden wir unsere Zeugen nennen. Es sind Leute, die nichts mit Politik zu thun haben, wohl aber die Ueberschreitung des Gesehes gerade an dieser Stelle sehr peinlich empfunden haben.“

Von dem Mitgliede der Preßkommission, Genossen Soyka, erhalten wir mit dem Gesuchen um Veröffentlichung folgende Zuschrift: Ein Herr Falkenberg sandte mir am 19. Januar 1897 die Summe von 855 M. Da ich nicht weiß, zu welchem Zweck das Geld bestimmt ist, bitte ich den Herrn Falkenberg, mir dies schriftlich mittheilen zu wollen. Hermann Soyka, Köpnickstr. 176.

Die genuyne Bildung. Unter dieser Spitzmarke erzählt ein Buchhändler folgende ergötzliche Geschichte. Eines Tages erhält ein Buchhändler den Auftrag, einer Dame aus den besseren Kreisen einige Prachtwerke zur Auswahl eines Geschenkes zu übersenden. Der Auftrag wird aufs sorgfältigste ausgeführt und der die Sendung überbringende Diener von der Dame erachtet, das Richtige an nächsten Tage wieder abzuholen. Der Diener leistete dieser Prüfung Folge. Als er in dem Hause der Bestellerin erscheint, trifft er mit den Dienern anderer Buchhandlungen zusammen, welche in gleicher Mission gekommen waren, denn auch von dort hatte die Dame Ansichtsendungen verlangt. Die drei Diener übernahmen die drei Pakete und jeder der drei Buchhändler wurde alsbald gewahrt, daß sein theures Haupt fehlerhaft und von der Sendung nichts behalten worden sei. Was hatte nun die Dame bezweckt, wird man fragen. Die Sache ist sehr einfach. Es sollte eine Soiree abgehalten werden. Um in den Bereich einer literaturfreundlichen, gebildeten Familie zu gelangen, hatte man zur Ausschmückung des Empfangsalons einige Prachtwerke nötig. Da man solche nicht besaß und auch für den Abend zu kaufen keine Neigung hatte, mußten die drei Buchhändler herhalten, um den Soiree-Mächtigkeiten durch eine entsprechende Anzahl gebiegender Werke in Pracht-Einbänden einen Schein von „Bildung“ zu verleihen.

Bei dem Abbruch der korinthischen Säulen, welche den Portikus des früheren Pergamon-Panoptikon im Landesausstellungs-park zierten, wird ein abgeklüftes Verfahren angewandt. Nachdem die Säulen nach oben hin freigelegt worden sind, werden dieselben an ihrer Basis mittels Hammern und Meißels abgestemmt, so daß sie den großen Theil ihres Haltes verlieren. Es bedarf alsdann nur verhältnismäßig geringer Anstrengung, um die Säulen abzutragen und nach der Partheite umzuwerfen. Ein sekundenlanges weiblich hörbares Donnern, eine ungeheure Staubwolke macht sich bemerkbar und wenn die letztere sich verflüchtigt hat, dann zeigt sich, daß aus der stolzen Säulenhaut ein Klammottenhaufen geworden ist, aus welchem die Arbeiter dann die noch brauchbaren Steine herauspicken.

Nach einer Bekanntmachung des Polizeipräsidenten werden auf Grund der Bekanntmachung des Reichsanwalters über den Betrieb von Bäckereien und Konditoreien vom 4. März 1896 zu 1. 3a vorläufig der 6., 13., 20., 27. Februar, 2., 13., 20., 27. März, 3., 10., 15. April, 1. und 8. Mai, 3. und 4. Juni d. J. als diejenigen Tage festgesetzt, wo in den in der Bekanntmachung angegebenen Bäckereien und Konditoreien Gehilfen und Lehrlinge über die vorgeschriebene Dauer hinaus beschäftigt werden dürfen.

Der Direktor Gerhard Buchmüller, welcher als persönlich haftender Gesellschafter der „Internationalen Gasglühlicht-Gesellschaft“ in Berlin, Mittelstr. 24a, Vorstand, ist wegen Betrages von der königlichen Staatsanwaltschaft am 13. d. M. in Untersuchungshaft genommen. Gegen Buchmüller ist von verschiedenen Seiten Strafantrag gestellt. Trotzdem die Beschäftigten meistens kleinere Geschäftsleute sind, so handelt es sich doch um einen sehr hohen Gesamtbetrag.

Noch immer unangeführt ist das Verschwinden des Rentanten Fels von der Orts-Krankenkasse der Schuhmacher. Die Bemühungen der Polizei, über den Verbleib des F. etwas zu ermitteln, haben sich nicht nur über Berlin, sondern auch nach außerhalb erstreckt, jedoch erfolglos. F. ist Anfang November gelegentlich Vornahme von Intassos verschwunden und es ist festgesetzt, daß er an jenem Tage gegen 4 Uhr nachmittags noch bei einem Schuhmacher in der Greifswalderstraße einen kleinen Betrag eingezogen hat und daß er noch andere Schuhmacher in derselben Gegend besuchen wollte, bei denen der Rentant jedoch nicht gewesen ist. Von diesem Augenblicke an fehlt jede Spur von dem Vermissten. Wie viel Geld F. bei sich gehabt, ist nicht genau festgesetzt, es dürften jedoch kaum über 400 M. gewesen sein. — Man vermuthet, daß an F. ein Verbrechen verübt worden sei.

Ein Berliner in Hamburg. Ueber die seltsamen Abenteuer eines Berliner wird aus Hamburg folgendes gemeldet: Im Hofe des Hauses Neuer Steinweg Nr. 77 fand man am Spätabend einen elegant gekleideten Herrn in bewußtlosem Zustande auf einer Karre liegend vor. Ein herbeigekommener Schuhmann brachte den Unbekannten wieder zum Bewußtsein und erfuhr nun von demselben, daß er ein Doktor der Philosophie aus Berlin sei, der gegenwärtig als Agent einer Berliner Firma auf einer Geschäftsreise sich befinde. Der etwas angeheiterte Dr. phil. gab ferner an, daß er in Gesellschaft zweier Mädchen eine Expedition unternommen habe, aber keine Auskunft darüber geben könne, wie er auf die — Karre gekommen sei. Leider mußte der Herr Doktor auch die traurige Mittheilung machen, daß ihm bei der nächtlichen Bierreise seine goldene Uhr nebst Kette und das Portemonnaie abhanden gekommen waren.

Eine eigenartige Verkehrsstörung im Betriebe der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn entstand vorgestern Abend durch das unzulässige Eingreifen eines Polizeibeamten. Ein Schaffner, welcher einen Wagen der Linie Alexanderplatz-Rosenthalerplatz fuhr, war mit zwei halbwüchsigen Burschen in Streit gerathen, die an der Ecke der Mauerstraße plötzlich vom Wagen sprangen und dem dort postirten Schuhmann mittheilten, daß der Schaffner betrunken sei. Daraufhin stürzte der Schuhmann den Pferdebahn-Schaffner nach der nächstgelegenen Polizeiwache, während der Wagen auf der Strecke stehen blieb und selbstverständlich den nachfolgenden Pferdebahn-Wagen die Weitefahrt ebenfalls verhinderte. Der Revierleutnant veranlaßte schließlich die Rückkehr des Pferdebahn-Beamten zu seinem Wagon, doch mußte sich der Schaffner die Begleitung eines Kriminalbeamten gefallen lassen. Zu erwähnen ist noch, daß nach übereinstimmenden Aussagen von Zeugen diese von der Trunkenheit des Schaffners nichts bemerkt haben.

Beim Abfaden von Zehnkunfthricht auf dem Grundstücke Böhriger Ufer 38/40 stürzte vorgestern Abend der 43 Jahre alte

Kutscher August Dr. in der Trunkenheit in den Landwehrkanal und ertrank. Die Leiche wurde durch die mit dem Fernsprecher herbeigerufenen Feuerwehr unter dem Eise hervorgeholt und nach dem Schauhause gebracht.

Wiederum ist durch Kinder, die unbeaufsichtigt bleiben mußten, ein Brandunglück angerichtet worden. Mittwoch Mittag wurde die Feuerwehr nach der Wilhelmstr. 134 gerufen, wo in der im zweiten Stock des linken Seitenflügels gelegenen Dachwohnung des Tischlermeisters Johann Kuffel Feuer ausgebrochen war. In der Wohnung befanden sich, während der Mann auf Arbeit gegangen war und die Frau im Waschkeller beschäftigt war, nur die vier Kinder. Das älteste Mädchen hatte nun den in der Küche stehenden eisernen Ofen geheizt, und durch die dem Rauchabzugs-Rohre entzündende Hitze waren drei in der Nähe hängende Kleider und eine Portiere in Brand gerathen. Auf das Hilsegeschrei der Kinder, die sich bereits anschickten, aus dem Küchenfenster herauszuspringen, eilte die Mutter herbei und löschte das Feuer, ehe es einen größeren Umfang annehmen konnte. Die Feuerwehr hatte nur noch Aufräumungsarbeiten zu verrichten.

Dreiwägige Geheimpolizisten sollen sich, wie hiesige Blätter melden, für ihre Dienstzwecke Fahrräder zugelegt haben.

Polizeiliches. Der bisherige Kriminalkommissar Braun ist zum Polizei-Inspektor ernannt worden und hat die Inspektion A (Verlegenheits-Verbrechen) übernommen, die früher der vor einiger Zeit in den Ruhestand getretene Inspektor Schuchardt leitete. — Die Verwaltung der IV. Polizei-Bau-Inspektion ist dem königl. Bau-Inspektor Heim, die der VII. Polizei-Bau-Inspektion dem königl. Bau-Inspektor Kirstein übertragen worden. Die Diensträume der IV. Bau-Inspektion befinden sich Frankfurter Allee 116a, die der VII. Bau-Inspektion Invalidenstr. 113.

Ein Bild des Jammers. Gesucht wird von der hiesigen Polizei der zwölfjährige Otto Kühnen aus Dramenburg, der in eine Zwangs-erziehungs-Anstalt untergebracht werden sollte, es aber statt dessen vorzog, sich unter Mitnahme seines 8 Jahre alten Bruders Wilhelm heimlich zu entfernen, und der sich nun schon seit 6 Wochen mit seinem Bruder verborgen hält.

In der Nacht zum Donnerstag wurde in der Lausiger Straße ein etwa 20 Jahre alter Mann bestimmungslos und mit sechs, anscheinend von Messerstichen herrührenden Wunden aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Bei ihm fand sich ein Notizbuch mit dem Namen „Charles Eisenhauer“. Näheres hat bisher noch nicht ermittelt werden können.

Auf der elektrischen Bahn von Siemens u. Halske verunglückte am Sonntag der 48 Jahre alte Agent Kronstein aus der Alten Jakobstraße beim Abspringen deartig gefährlich, daß er in das Krankenhaus am Urban gebracht werden mußte. Dort ist Kronstein gestern seinen Verletzungen erlegen.

Tödlich verunglückt. In der Nacht zum 19. gegen 2 1/2 Uhr stürzte der Tischlermeister Adam Rudloff die nach seiner Prinzen-Allee 87 im Keller gelegenen Wohnung hinabfallende zehnjährige Treppe hinab und blieb auf dem Vorfuß seiner Wohnung besinnungslos liegen. Seine von dem Geräusch des Falles erweckte Ehefrau und sein erwachsener Sohn eilten herbei, hoben ihn auf und trugen ihn in die Wohnung. Neugierlich hatte Rudloff nur zwei kleine Hautabschürfungen davongetragen. Der Arzt jedoch stellte eine Gehirnerschütterung fest, an deren Folgen der nicht wieder zum Bewußtsein gekommene Verunglückte gegen Mittag des 19. verstarb.

Gerettet. Mittwoch Nachmittag brach gegenüber dem Grundstück Kottbuser Ufer 16 der zehnjährige Sohn des Forsterstraße 43 wohnhaften Arbeiters Wilhelm Wegener auf dem Treibsteig des Landwehrkanals ein, wurde jedoch durch den ihm nachspringenden Desinfektor Max Heibel mit Hilfe des diesem zugeworfenen Rettungsballes herausgezogen und durch einen Schuttmann seinen Eltern zugeführt.

Mittwoch Abend wurde die Feuerwehr nach dem Zirkus Kreuz gerufen. Dort hatte während der Vorstellung der Schutzvorhang vor den Dekorationsbildern unter der Kuppelgalerie durch Funken aus einem Scheinwerfer Feuer gefangen. Die Flammen fanden an den Abbestorbhängen keine Nahrung und erloschen bald von selbst. Die Vorstellung erlitt keine Störung, auch der Schaden ist nur unbedeutend.

Aus den Nachbarorten.

Achtung! Tempelhof und Umgegend! Der Verein Fidelitas hält am Sonnabend, den 23. d. M., im Lokale des Herrn Kiewewetter, Berlinstr. 9, einen Maskenball ab. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß dieses Lokal, sowie Guntermanns Gesellschaftshaus, Inhaber F. Horn, Berlinerstr. 80, zu Arbeiter-Versammlungen nicht zu haben ist. Wir eruchen um strenge Beachtung. Die Lokalkommission von Tempelhof.

Die Entdeckung der alten Wahrheit, daß das Streben der arbeitenden Bevölkerung nach Verbesserung ihrer Lage geradezu eine dringende Nothwendigkeit ist, gelang neuerdings einigen frommen Herren in Friedenau. In diesem Orte ist ein „Kinderhort“ begründet worden. Die Herren, welche die zur Aufnahme der Kinder nötigen Recherchen anstellen hatten, ermittelten hierbei, daß in einer ganzen Anzahl von ärmeren Familien, deren Friedenau sogar verhältnismäßig wenige aufweist, gleich dem Manne auch die Frau des Broderwerbs wegen den ganzen Tag außer dem Hause arbeiten müssen und deshalb gezwungen sind, ihre kleinen, bis vierjährigen Kinder in der Wohnung einzuschließen und sie dort vier bis sechs Stunden lang sich selbst zu überlassen. Welche Gefahren aus diesem Alleinsein für die kleinen hilflosen Wesen entstehen können, das lehrt die Unglückschronik. Wie schon angedeutet, erstreckt sich die Hilfe der braven Bürger in Friedenau keineswegs auf Unterstüßung solcher Arbeiterforderungen, die es der Mutter möglich machen, sich gänzlich der Pflege ihrer Kinder hinzugeben. Den familienzersetzenden Zustände kontervirte man im Gegentheil durch Gründung der „Kinderhorte“, denen gewöhnlich noch der nicht jedermann angenehme Charakter der Frömmigkeit anhaftet.

Die Untersuchung wider den Bürgermeister Pfalzke aus Strausberg, der sich seit Anfang November unter der Bezeichnung eines vor Jahren in seinem Amtszimmer verübten Sittlichkeitsverbrechens im Moabiter Untersuchungsgefängnisse in Haft befindet, ist abgeschlossen und die Akten liegen gegenwärtig der Staatsanwaltschaft zwecks Erhebung der Anklage vor. Das Ergebnis scheint nicht sehr günstig ausgefallen zu sein, denn die Untersuchungshaft dauert fort.

Was der Telegraph nicht meldet. Am 18. d. Mts. ereignete sich bei Finsterwalde ein schwerer Eisenbahnzusammenstoß, der mehreren Menschen das Leben kostete. Wäre es in Amerika oder Australien gewesen, so hätte der Telegraph es allen deutschen Zeitungen verkündet. Da es aber in Deutschland war, und nur wenige Stunden von Berlin entfernt, hielt keines der Telegraphenbureau aus für angemessen, die Katastrophe zu melden, deren Einzelheiten erst jetzt bekannt werden. — Nach der „Frankfurter Oberzeitung“ ist am Montag Morgen 8 1/2 Uhr auf der Schipkau-Finsterwalder Sekundärbahn bei der hiesigen Station der von Schipkau gekommene Personenzug mit einem Güterzug, der hier wartete, zusammengestoßen, wobei mehrere Personen ums Leben gekommen sind und andere schwer verletzt worden sind. Mehr als zehn Wagen sind vollständig zertrümmert, eine Anzahl Kohlenwägen mehr oder weniger beschädigt. Die 3. Wagenklasse ist über den Wagen 4. Klasse hinweggeschoben; von diesem steht man nur unglücklich Holz- und Eisentheile herumliegen. Getödtet sind Frau Schöber aus Riederdorf, Gräbnermacher Mahlske aus Dobbristrod, schwer verwundet wurden Bahnmeister Senf, Bergarbeiter Schäferger und Postschaffner Fischer. Mehrere Kinder, die zum Schulunterricht fahren wollten, kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Literarisches.

Daniel Sanders ist trotz seiner 77 Jahre noch voll jugendfrischer Nüchternheit. Von den vielen sprachwissenschaftlichen Werken des großen Gelehrten dürften in Arbeiterkreisen namentlich die nach der Methode Toussaint-Langenscheidt hergestellten „Sprachbriefe“ bekannt sein, die immer noch als das gründlichste Hilfsmittel zum Selbststudium der deutschen Sprache Empfehlung verdienen. Auch das „Wörterbuch der Hauptschwierigkeiten der deutschen Sprache“ wird mancher unserer Leser kennen. In den letzten Jahren hat Sanders sich mehrfach mit der Bearbeitung gedruckter Werke literarischen Inhalts abgegeben. Als die glücklichste Leistung in diesem Fache darf man wohl das „Moment-Lexikon und Fremdwörterbuch“ bezeichnen, das soeben im Verlage von Hugo Steinich in Berlin SW. erschienen ist. Auf 423 Seiten Text giebt das Buch sowohl über Fremdwörter als auf Fragen, deren Beantwortung man sonst in diesen Konversations-Lexikon sucht, kurze und für den Augenblick durchaus genügende Auskunft. Ein ebenso origineller wie zweckmäßiger Einband erhöht den Werth des zum mäßigen Preise erhältlichen Werkes.

Soziale Rechtspflege.

Unternehmenssühn. Von großer Bedeutung ist die Entscheidung der Kammer VIII des Gewerbegerichts. Mehrere Fensterputzer klagten gegen den Bauunternehmer Nelson auf Gewährung einer Lohnentschädigung wegen unberechtigter plötzlicher Entlassung. Der Beklagte machte dagegen geltend, daß die Kläger nur ausstillweise engagirt worden seien. Die Erhebungen des Gerichts ergaben, daß das Engagement im Auftrage des Beklagten von einem seiner Kolonnenführer vorgenommen worden war und daß dieser die Leute ausdrücklich nur für eine Arbeit engagiren sollte, die nur kürzere Zeit in Anspruch nahm. Es handelte sich um sogenannten Stagenputz am neuen Ufer in der Wiesenstraße. Der Gerichtshof ging auf einen neuen Einwand des Nelson, die Entlassung selbst betreffend, gar nicht ein, sondern wies die Kläger unter folgender Begründung ab: Was zwischen den Klägern und dem Zeugen Ruff im Lokale des Arbeitsvermittlers Schwanke verabredet worden sei, sei im vorliegenden Falle ganz gleichgültig. Es stehe fest, daß Ruff nur den Auftrag gehabt habe, die Leute zur Ausbisse zu engagiren. Sei dies geschehen, dann hätten die Kläger auf die vierzehntägige Kündigungsfrist keinen Anspruch. Habe sie Ruff aber fest engagirt, dann sei er über seinen Auftrag hinausgegangen und dafür lömte Beklagter nicht haftbar gemacht werden, denn nach dem Landrecht verpflichtete die Ueberschreitung der Vollmacht den Auftraggeber nicht. Im letzteren Falle könnten sich demnach die Kläger, wenn sie geschädigt wären, nur an den Bevollmächtigten halten, und zwar im Zivilrecht beim ordentlichen Gericht. — Mit dieser Entscheidung ist die bisherige Praxis des Gewerbegerichts durchlöcherter worden, wonach die Arbeitgeber für Fehler haftbar sind, die ihre Vertreter im Gewerbebetriebe — Werkmeister, Geschäftsführer, Vorarbeiter u. — beim Engagement und bei der Entlassung von Arbeitern machen. Die von der Kammer VIII unter dem Vorbehalt des Missfortes Plattenstein beliebte schematische Anwendung der landrechtlichen Vorschriften über Vollmachten auf das gewerbliche Arbeitsverhältnis dürfte kaum irgendwo rechtlich begründet sein. Ein ganz unhaltbarer Zustand wird somit durch die Entscheidung angebahnt, die an und für sich einen Arbeitgeber-Schutz darstellt. Uebrigens haben in den letzten Tagen einige andere Kammern des Gewerbegerichts einen entgegengelegten Standpunkt vertreten, wie ihn die Kammer VIII eingenommen hat.

Gerichts-Beitrag.

Der Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Gg. Berger, hatte am Donnerstag vor dem Schöffengericht, Abtheilung für Privatklagen, zu erscheinen. Strafantragsteller war der Rechtsanw. Jonassen aus Hamburg, welcher persönlich erschienen war. Kläger fand sich durch einen Artikel in der „Staatsbürger-Zeitung“ beleidigt, in welchem sein Auftreten als Verteidiger in einer Gerichtsverhandlung in abschätziger Weise kritisiert worden war. Vor Eintritt in die Verhandlung lehnte der Beklagte einen der Schöffen ab, weil derselbe als Jude ohne Befangenheit nicht zu urtheilen vermöge, da es sich um eine angebliche Beleidigung eines Glaubensgenossen handle. Der Gerichtshof mußte dem Ablehnungsantrage Folge geben, da er dann aber wiederholt in die Lage kommen lömte, beschlussunfähig zu sein, erklärte er sich für unzuständig und verwies die Sache an die Strafkammer.

Ein „Wunderdoktor“ stand gestern in der Person des Heilankläfers Ernst Lauchert unter der Anklage des Betruges und der Körperverletzung vor der neunten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. Der Angeklagte betreibt in dem Hause Dresdenerstraße 135 seine Praxis, die die Anklagebehörde als ein Kurpfuschergewerbe der gefährlichsten Art“ bezeichnet. Er ist schon vielfach vorbestraft, auch schon wegen fahrlässiger Körperverletzung und thätlicher Beleidigung mit einem Jahr drei Monaten Gefängnis. An der Thür seines „Geschäftsklokals“ befindet sich ein Schild mit der Aufschrift „Heilanstalt für Unterleibs-, Haut- und Halskrankheiten, vom 9-10 Abends, auch Sonntags, Separates Zimmer, Verbandstoff gratis, Privatwohnung Schönleinstr. 14“. Am Eingange zur Hausthür steht: „Zur Heilanstalt: eine Treppe.“ Nach den Ermittlungen und dem Ergebnisse der Beweisaufnahme behandelt er hauptsächlich Unterleibsleiden; Kranke, die nicht mit einer solchen befaßt sind, dichtet er einfach eine solche an und behandelt sie darauf hin, wobei er in ganz roher und die Gesundheit gefährdender Weise vorgeht. Seine medizinische Ausbildung besteht darin, daß er während seiner Militärdienst im Bazartheil als Kalesfaktor angestellt war und er dann vier Jahre bei einem Heilgehilfen gewohnt und ihm die Künste abgesehen hat. Er hat sich darauf aufs Kuriren gelegt und „behandelt“ schon seit dem Jahre 1871, wie er sagt, „mit großem Erfolge“, daß er aus medizinischen Büchern sich angeeignet habe. Die Strafanzeige gegen ihn wurde durch eine Frau veranlaßt, deren Kind er vor etwa vier Jahren behandelt hat. Das Kind hatte einen Blutschwamm am Vorderkopf und der Angeklagte verordnete eine beizende Salbe — wahrscheinlich Quecksilber-Salbe — auf das Gesicht. Da dies aber nicht nachzuweisen war, überließ die erst nach vier Jahren erfolgte Strafanzeige anscheinend ein Nachakt war, so konnte dieser Fall gegen den Angeklagten nicht mehr verwertet werden. Dagegen kamen unter Anschluß der Öffentlichkeit einige Fälle zur Sprache, die wiederholt berechtigtes Staunen, theilweise aber auch große Heiterkeit bei dem Gerichtshof erregten. So hat der Angeklagte einen Mann, der an einer Unterleibsleiden litt, mittels einer großen Spritze unter starkem Druck mit einer heißen Flüssigkeit bespritzt, die nach Dr. Bischoffs Untersuchung eine Lösung von Zinkoxyd in Wasser darstellte. Der Patient erkrankte bei dieser Prozedur so heftig Schmerzen, daß er laut schrie und die Zähne in sein Taschentuch biß. In einem anderen Falle ging er dem Patienten mit einem so starken Abführmittel zu Leibe, daß der Kranke, wie er versicherte, mehrere Tage hindurch „gar kein Mensch mehr war.“ Am bedenklichsten lag ein Fall, in welchem er bei einem 16-jährigen Mädchen, welches an einem Ohrenleiden erkrankt war, gleichfalls ein Unterleibsleiden herausfinden wollte und das Mädchen dabei unethisch behandelte. Die Donatoren, die der Angeklagte für seine erfolglosen Kuren erhielt, waren nicht übermäßig hoch; in einem Falle, wo er einen Kohlenhändler in Behandlung hatte, begnügte er sich mit der Forderung eines kleinen Poffens Brennmaterial. Der Gerichtshof nahm Betrug nicht als vorliegend an, hielt aber das ganze Verfahren des Angeklagten für so gemeingefährlich und die gegen das junge Mädchen verübte thätliche Beleidigung für so strafwürdig, daß er ihn zu zwei Jahren Gefängnis verurtheilte. Auf die schon längere Zeit währende Untersuchungshaft wurde nichts angerechnet.

Der Bau-Unternehmer Max C. J. a. n. n. hatte den Bericht...

Die beiden Kirchenrentanten der St. Georgen-Gemeinde...

Aus Danzig wird vom Donnerstag berichtet: Der Prozess...

Im „Hildesheim“, der gegen den Redakteur des Offenburger...

Das Reichsgericht in Leipzig hat gestern sowohl die im...

Gewerkschaftliches.

Zug von Arbeitern nach Hamburg ist während der...

Uchtung, Metallarbeiter!

Zu unserer Erklärung in Nr. 13 des „Vorwärts“ hat die...

Auch Herr J. Ziemdorf, Stallhelferstr. 18, bezeichnet die...

Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter...

Der Bambusmöbel-Fabrikant Herr C. Koesemann in Berlin...

schulden kommen lassen, weshalb er gegen diesen Anzeige erstattet...

Aus Weihenfeld wurde uns am Donnerstag telegraphirt:...

Aus Leipzig wird uns telegraphirt, daß sämtliche Forderungen...

Der Gewerbeverein der Maschinen- und Heizer in Bremen...

Die Holzarbeiter in Karlsruhe beschließen zu fordern: Die...

Soziales.

An den nationalliberalen Abgeordneten Hehl zu Gerolstein...

Risiko der Arbeit. Auf der Grube im Größ bei Groß...

Neber die gewerbmäßige Vermietung von Schlafstellen...

Das bayerische Ministerium des Innern hat zwecks einer...

Versammlungen.

Die Leiter, bezw. die Einberufer von öffentlichen, sowie...

Glue gut besuchte Generalversammlung des Verbandes...

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag Abends 9 Uhr bis 10 1/2 Uhr...

wichtigsten technischen Grundzüge für die Kunst des öffentlichen Redens...

Die Schlußfeier der Arbeiter-Bildungsschule...

Die Schlußfeier der Arbeiter-Bildungsschule...

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgebung...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montags, Dienstags...

Abendsof. Besten Dank. Wir können aber bei der Ueberlastung...

Franz J. Gohlhoffstraße. Sie sollten sich zunächst beim Vorstand...

Friedrich Wiegand aus Arnim in Westfalen-Schwern, aus...

Danzig, Vogelhäuser betreffend. Anonyme Zuschriften werden...

H. K. Charlottenburg. Ihre Anregung ist im Anruf des Vorstandes...

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

STIFTUNGS-FEST

in den Gesamtträumen der Berliner Ressource, Kommandantenstrasse 57...

Vokal- u. Instrumental-Konzert unter Mitwirkung der Typographia...

Festrede vom Genossen E. Vogherr. — Großer Ball. Anfang 8 Uhr. — Entree 25 Pf.

Neue freie Volksbühne.

Montag, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Keller's Festsälen...

Kammermusik-Abend. Billets (Mitglieder 30 Pf., Gäste 50 Pf.) auf allen Zahlstellen.

Sonntag, den 31. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr, im Central-Theater...

Pichelswerder. Empfehle den geehrten Herren und Damen meine Winter-Lokalitäten...

Schäftebranche! Verein Deutscher Schuhmacher. Vorträge...

Arbeitsmarkt. Plätterinnen auf Aufträge. Plätterinnen suchen dauernd gute Beschäftigung...

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, den 22. Januar.
Opernhaus. Das Helmen am Meer.
Schauspielhaus. Nathan der Weise. Des Kaisers Lampa. Die Räuber. Die Weisheit der Aspasia. Die Raubkammer. Die Raubkammer. Die Raubkammer.

Belle-Alliance-Theater
Volks-Vorstellung
unter Regie von Julius Türk.
Sonntag, den 24. Jan. nachm. 3 Uhr:
Gastspiel von Fel. Jenny Marba.
Zum 2. Male: „Gäubiger.“
Tragikomödie in 1 Akt von Strindberg.
Dann: „Die Heuchlerin.“
Schauspiel in 3 Akten von Rodilla.
Besetzung wie bei der Premiere.
Eintrittskarten à 60 Pf. sind in den besetzten Zahlstellen zu haben.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr: Ein Wintermärchen.
Sonntag, abends 8 Uhr: „Mit Vergnügen.“

Friedrich Wilhelm Theater.
Freitag: Rein Dünung. Schauspiel in vier Akten mit freier Benutzung der gleichnamigen Dichtung Fritz Reuters von Hermann Jahnke und William Schirmer. — Anfang 8 Uhr.
In Vorbereitung: „Der Postvogel.“
Volksstück in 5 Akten v. Max Kreher.
Billetts sind ohne Vorbestellgebühr schon 3 Tage vorher an der Theaterkasse zu haben; außerdem in den Vorbestellbüros, Unter den Linden 24, bei Paul Komack, Leipzigerstraße 6 und Julius Bengelsen, Markgrafenstr. 60.

Alexanderplatz-Theater.
Heute und die folgenden Tage:
Sikante Kostüm!
„Der indische Cactus.“ Schauspiel in 4 Akten von A. von Gordon.
Anfang 8 Uhr.
(Wohl, auch die zu anderen Stellen ausgegebenen, behalten ihre Gültigkeit.)
Sonntag, nachm. 4 Uhr, zu kleinen Preisen: „Die Puppenfee.“
Märchen mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Georg Zimmermann.
Billetts sind schon 3 Tage vorher ohne Vorbestellgebühr an der Theaterkasse zu haben. Vormittag 1/2 11—1/2 12 Uhr. Abends von 7 Uhr an.

Volks-Theater
31 Reichensbergerstr. 31
nahe dem Kottbuser Thor.
Bei dem anhaltenden Nachhinein:
Abendliche 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Robert und Bertram
Große Gesangsposse in 4 Akten von G. Hader.
Robert: G. Winkler. Bertram: W. Conrad. Kösel: Feulstein. Sünden: Appelmeier. Herr August Reiff. Jack: Herr Broder. Strambach: Herr Richter. Sidore: Fei. Gise. Hendir.
Entrée 50 Pf. bis 4 Pf.

Circus Renz
Karlstrasse.
(Jubiläum: Saison 1896/97.)
Freitag, den 22. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Zum letzten Male:
Tuflige Blätter!
Sonntag, den 24. Jan., ab. 7 1/2 Uhr:
Premiere.
Aus der Wappe eines Riesengebirgs-Phantasten.
Eine romantisch-phantastische Handlung, mit komischen Szenen, Gedirgsperioden, einer naturgetreuen Scherenschlittensfahrt im Riesengebirge u. eines wunderlichen Ballets: Im Reize des Weltberühmten! Von Direktor **Fr. Renz** und dem großherzoglich hessischen Hofballmeister **August Niems**. Noch nie gesehene Kostüme-Pracht! Höchst charakteristische Dekorationen! Ueberraschende malerische Effekte! Gipsfall! Kollisionsfall! Badefall!
Sonntag, den 24. Januar 1897:
2 Vorstellungen 2
Nachmittags 4 Uhr.
(Günstigste Preise und 1 Kind unter 10 Jahren auf allen Plätzen frei.)
Aufsührung des großen militärischen Ausstattungsstückes **1870/71.**
Abends 7 1/2 Uhr: Aus der Wappe eines Riesengebirgs-Phantasten.
Franz Renz,
Kgl. Kommissionsrat und Direktor.

Urania, Tauben-Strasse
No. 48-49.
Naturkundliche Ausstellung
täglich geöffnet von 10 Uhr vorm. ab.
Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/62
Vehrier Stabstr.
Täglich von 7 1/2 Uhr abends ab
50 Pf. Im Theater-Saal täglich
8 Uhr abends Vorträge, mit Experimenten u. gr. Lichtbildern ausgestattet.
Näheres die Tagesanmeldung.

Castan's Panopticum.
Die beiden indischen Pygmäen die kleinsten Menschen der Welt!
Tamen-Wettswimmen.

Thalia-Theater.
(vormals Adolph Grunl. Theater).
„Frau Lieutenant.“
Baudouille in drei Akten von Paul Ferrit und Antonio Mars.
Deutsch von Hermann Diefel.
Musik von G. Serpette und R. Roger.
Morgen und folgende Tage: „Frau Lieutenant.“
Sonntag, mittags 12 Uhr: **Matin à Tribly.** Drama in 5 Akten nach dem Roman des George de Maurier von Georg Odonowitsch.

Central-Theater.
Kite Jakobstr. 30. Dir. W. Schuly.
Freitag, den 22. Januar 1897.
Beste Aufführung.
Zum 123. Male:
Emil Thomas a. G.
Eine wilde Sache.
Sonntag, den 23. Januar cr.:
Neu inszeniert und neu einstudiert.
Zum 303. Male:
Eine tolle Nacht.
Anfang 1/2 8 Uhr.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weish.
Borleyes
Gastspiel von **Josephine Dora**.
Schwerendüster.
Posse mit Gesang in vier Akten von Oscar Klein. Musik von G. Steffens.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: Unwiderstehlich letztes Mal: „Der deutsche Michel.“

Johann Lumpe
Gastspiel
Parodie-Theater
Oranienstr. 52.
Nov.! Der Berggeist Nov.!
oder: Das graue Kreuz im Teufelslohl und: Die Jungfrau vom Riesengebirge.
Große romantische Ritter-Tragödie von Fischer.
Hochwohlgeordnetes Publikum! Wehren Sie sich nicht, durch die Furcht und Grauen bleibe in den Kinderjahren, sondern unsere Kunst führt die Liebe zur Natur und Wahrheit! —

Viktoria-Brauerei
Lützow-Strasse 111/112.
Heute, sowie jeden
Freitag und Montag:
Stettiner Sänger
(Meyel, Pietro, Britton, Ziehl, Krone, Röhl und Schröder).

meine Manjeichwänzchen.
Zinke's Schellentzische.
Neuzeit Ensemble von Meyel.
Anfang präz. 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakat).

Zeem-Palast, Burg.
Direktion **Winkler & Fröbel**.
Sehen! Staunen!
Das brillante riesengroße
Januar-Programm
kolossal Erfolg.
Cirkus Sarasani.
Neue Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. — Referiert 50 Pf.

Circus Busch.
Bahnhof Börse.
Freitag, den 22. Januar 1897,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. humoristische Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin.
Nach Sibirien.
Noch in keinem Circus gewagte equestre Leistungen.
Feenhaft Pracht der Ausstattung.
Außerdem: 100 Klowns, männliche und weibliche. Der Wiger-Klonn Dr. Alf. Daniels als Schnellphotograph. Die Klowns Mr. Sidney u. Corillo als Duellanten. Pierrot's Abenteuer, komische Scene der Pierrrot-Troupe. Zum ersten Male: Stadiateur, Schwed. Hengst geritten von der Schutzeiterin **Alte Eugenie**. Wellington, russ. Hengst, geritten von Herrn **Salomonstl.** 6 Hühnerhengste u. 4 Hühnerhengste als Thurnspringer, dress. u. vorgeführt v. Direktor **Busch**. Spezialitäten 1. Ranges.
Morgen: **Nach Sibirien.**
Sonntag: 2 Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr: **Zachens.** Abends 7 1/2 Uhr: **Nach Sibirien.**

Berliner Possen-Theater
Münzstrasse 17.
(Eingang Büdingstrasse).
Direktion: **Joseph Widinger**
und **Leonhard Götzel.**
8 Uhr:
Neu! Die kleine Nachtigall.
1/9 Uhr:
Heinrich Heine.
Lebensbild in 3 Akten.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Entrée 30 Pfennige.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gläd.
Miss Emeline Ethardo.
The Kellinos.
Das Sensationsbild:
Endlich allein!
La belle Devernois
ferner 30 Künstler 1. Ranges.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Alcazar
Variété und Spezialitäten-
Theater 1. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage)
Kunstenr. 42/43.
Neu! **Winter Anton.** Neu!
Große Balletposse mit Gesang und Tanz in 1 Akt.
Herrn **Weyling**, Tanzkomiker. **Lotte Zieger**, Brauener-Altkönig mit 50 dress. Motten. **Wag Alfreds Rex**, Salon-humorist. **Ernst Kühne** als flegelhaft-französischer Broderer **Alexis**, musikalische Klowns ohne Konkurrenz. Freikarten haben Gültigkeit.
Anfang: **Wochentags 8 Uhr.**
Sonntags 6 Uhr.
Entrée 30 Pf. **R. Winkler.**

Schippanowsky's
Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3.
Neu! Neu! Neu!
Im Frühlingsslang!!
Populäre Konzerte:
Im **Hilberstein**,
In der **Rosenlaube**,
In der **Obstgarten**,
In der **Sopfenlaube**,
Im **Weinberge**.
Entrée frei! Entrée frei!
Theater-Abtheilung:
Aufführen von **Humoristen, Komikern** u.
Hanswirths Lächlerlein.
Posse.
Ausschank der **Berliner**
Back-Brauerei.

Welt-Restaurant
Variété- und Spezialitäten-
Theater.
Dresdenerstr. 97.
Im vorderen Saal täglich bei freiem
Entrée:
Grosses Künstler-Konzert
Im großen Theateraal:
Berliner Sportmädels.
Ausstattungs-Parade mit Gesang
Anfang: **Entrée:**
Wochentags 7 1/2 Uhr. | Wochentags 20 Pf.
Sonntags 6 Uhr. | Sonntags 50 Pf.

Wastengarderobe.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Verein. Freiverkäuflichkeit.
Fr. Panknin,
Oranienstr. Nr. 178,
Adalbertstr. 91,
Gde Oranienstrasse.

Die weltbekannte
Bettfedern-Fabrik
Gustav-Lüthig, Berlin S., Prinzen-
str. 46, vertriebt gegen Rücknahme
garantirt neue Bettfedern à 2 Pf. 50 Pf.,
diesjährige halbdunen à 2 Pf. 1.25,
bessere halbdunen à 2 Pf. 1.75,
vorigjährige Dunen à 2 Pf. 1.25,
Dun. mit Dunen à 2 Pf. 1.25,
u. 1/4 Pfund zum großen Oberbett.
Verpackung frei. Preis u. Proben
gratis. Bitte Anordnungen.

Cösliner Hof
Cöslinerstr. 8 (Wedding).
Größter und schönster Saal im
Nordten. Elegante Einrichtung. Gute
Küche. Zwei Restauranten.
Zu allen Veranlassungen u. f. w. an
Bereine zu vergeben.
Näheres Auskunft erteilt
Fritz Schröder, Bismarckstr. 39.

Am Rittmoos, mittags 1 Uhr,
nach 10 Uhr, schweren Beiden
mein langjähriger Mitarbeiter,
der Buchbinder-Geheile
Paul Wangemann.
Ich verliere in ihm einen
treuen, fleißigen Arbeiter
und Freund.
Die Beerdigung findet Sonntag,
den 24. d. M., nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Thomas-
Kirchhofs aus statt.
Ed. Wedekind, Berlin SO.

Ehrenklärung.
Die gegen Frau Maria Rosad
in dem Rowingklub Schamlos
ausgesprochenen Beleidigungen nehme
ich, Abbitte leistend, zurück und er-
kläre dieselbe für eine ehrende Frau.
Wilhelm Raul,
Schulmeister.

Die Mehlhandlung
von **Rudolph Habermann**, früher
K. Hofbrot, Kantzeislerstr. 75
empfehlend:
2929

Maisfamen	15 Pf.	5 Pf.
Spisfamen	13	60
Hanf	15	70
Hirse, hant.	10	45
Hirse, weih.	12	55
Veislaot	20	
Tambenerbisen à Pfd.	10 Pf.	1/2 Str. 1.-
Widen	10	1/2 1.-
Fruttergerse	10	1/2 1.-
Rais	10	
Kafer, geschält	20	
Amelienener 20 Gramm	10 Pf.	

**Gardinen-
Rester-Ausverkauf**
Älterer Muster in weich und kräftig zu
1-4 Fenstern passend, spottbillig in dem
Gardinenfabrik-Lager
Berlin O., Gräner Weg Nr. 80
part., Eing. vom Hür (sein Laden).
Neuheiten treten täglich ein.

Sophastoffe
Saud-Reste
in **Rids, Damast, Grépe,**
Phantase, Gobelins und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
Käuferhoffe in allen Qualitäten
zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S.,
Cranienstr. Nr. 158.

Verwaltung der Kochanstalt
Städt. Schlachthof
Täglich (Sonntags vorm. von 7 bis
9 Uhr) Verkauf von:
Gehacktem Rindfleisch
à 30 und 35 Pf. per Pfund.
Geh. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund.

Wohl fühlt sich
bei jeder Bitterung, wer
Brunnen-Strasse 110
(neben dem Pferdebaun-Depot)
bei **Jgnatz Sello** bezieht anerkannt
guten **Rum**, 1/2 Pf. inkl. von **90 Pf.** an,
vorzüglichen **Glühwein-Extrakt**, 1/2 Pf.
inkl. v. **1.10 Pf.** an, **Zugvers. Pfeffer-**
minz, u. f. **Pistore** (1/2 Liter) inkl.
1.10 Pf., 1/2 Liter inkl. **55 Pf.**, **Stons-**
dorfer inkl. Orig. (1/2 Liter) à **80 Pf.**,
Sald u. Halb, feine **Vifornischung**,
per 1/2 **Champagner-Frische** inkl. **90 Pf.**,
alten Nordhäuser per Liter **50 Pf.**,
1/2 Liter, **Ungharwein**, Orig. (1/2 Liter)
inkl. von **90 Pf.** an, sowie sämtliche
Sorten **Weine, Cognacs** u. f. w.,
Spirituosen und im Einzelverkauf nur
zu **Engrospreisen**. Billigste Bezugs-
quelle. Bitte genau auf **Nr. 110**
Brunnenstrasse Nr. 110 zu achten.

Achtung! Achtung!
Künstliche Zähne von 3 R. an,
Tägliche wöchentlich 1 R., wird abgeholt.
Zahnstehen, Zahnreinigung, Nerventöden
bei Befüllung unsonst.
Guckel, Kaulbergerstr. 2, Hasser-
str. 12, Sieglitzerstr. 71 I.

Wildschwein u. Kaninchen.
Oberbrud. Gänse. Gänse 2.80 und
3.- M., gebrät 3.25 u. 3.50 M.
Wild- und Geflügel: **A. Ritschl**,
Handlung,
61 Dresdenerstr. 61 part.
Möbl. zum sof. vermietend. **Feledrichs-**
bergerstr. 14 p. k. **Diersmann**, Stig

Schankgeschäft
Moabit, Bredowstrasse 11,
anderer Unternehmungen halber sofort
oder später sehr preiswerth zu ver-
kaufen. Große helle Räume, **Wald-**
und **Bereinskassen**, neues Inventar,
Telephon. Der Kaufpreis **1800 M.**
kann event. in Raten erlegt werden.
Milche (inkl. Wohnung) **1400 M.**

Alte Stiefel, ausw. Repar. u. Rest,
Drägerstr. 43. Das. f. d. Schlacht. f. W.
Freitag:
frische Wurst
bei **R. Kuntich**, Badstr. 47-48.

Arminhallen
Kommandantenstr. 20,
vollständig renovirt, empf.
Säle jeder Größe zu Festlich-
keiten und Versammlungen.

Zentralverband der Töpfer u. Ziegler
Filiale Berlin.
Sonntag, den 21. Januar, vorm. 10 Uhr, im Lokale des Herrn
Habel, Rosenhagenstr. 57:
Verammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom letzten Quartal. 2. Stellungnahme zur Arbeits-
losenunterstützung. 3. Gewerkschaftliches.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ersucht um alleseitiges Erscheinen
195/11
Der Vorstand.

Achtung! Former. Achtung!
Sonntag, 24. Januar, mittags 12 1/2 Uhr:
Defenstl. Versammlung der Former und Berufsgenossen
im **Kösliner Hof**, Köslinerstr. 8.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann** über: „Gefinde und
Gefinde.“ 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertreters und Stellvertreters
zur Gewerkschaftskommission. 4. Berichtendes.
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Einberufer.

Tischler-Verein.
Sonntag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Verammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Wollheim** über:
„Die Bedeutung der Luft für den Lebensprozess in technischer Beziehung.“
2. Ausgabe der Billets zu dem am 13. Februar in Sanssouci stattfindenden
Maskenball. 3. Vereinsangelegenheiten. — Damen haben Zutritt.
198/9
Der Vorstand.

Zentral-Krankenkasse der Buchbinder.
Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntag, den 23. Januar 1897, in den „Arminhallen“,
Kommandantenstr. 20:
Haupt-Verammlung.
Tages-Ordnung:
1. Kassent- und Kontrollbericht. 2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Zahlreiches Erscheinen erbetet
Die Ortsverwaltung.

Den Mitgliedern obiger Kasse zur Mittheilung, daß von mehreren
Mitgliedern am Sonntag, den 30. Januar, im **Konzerthaus**
Sanssouci, Kottbuserstr. 1a, ein

Gr. Wiener Masken-Ball
veranstaltet wird, dessen Ueberschuß zum Besten framer ausgeheuerter Mit-
glieder bestimmt ist.
Eintrittskarten à 50 Pf. sind in sämtlichen Zahlstellen, im
Bureau des Verbandes, Annenstr. 50, beim Kollegen **Cito Schneider**,
Salzgerstr. 43, v. Keller, sowie bei sämtlichen **Komitee-Mitgliedern**
zu haben. In Anbetracht des guten Zweckes ist eine zahlreiche Beteiligung
erwünscht. **Anfang 8 Uhr.**
Das **Comité**, J. A. W. Hinz, Dresdenerstr. 48.
Die Zahlstellen bleiben an diesem Abend geschlossen.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Sonntag, den 24. Januar, nachm. 2 Uhr:
Gr. öffentl. Kommunalwähler-Versammlung
im Lokale „**Bismarckshöhe**“, **Wilmerdorferstr. 39.**
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Stadtverordneten. 2. Diskussion. 3. Die Nachwahl im
ersten Bezirk. 4. Aufstellung eines Kandidaten. 5. Berichtendes.
203/5
Der Einberufer.

Schöneberg.
Sonntag, den 24. Januar, nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn
Obst. **Grünwaldstr. 110:**
Öffentl. Volks-Versammlung für Frauen.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **H. Schulz** über: **Die Jugendzuchtung**
wie sie ist und wie sie sein soll. 2. Diskussion.
Frauen und Männer, erscheint in dieser Versammlung, sie bietet Gelegen-
heit, eure Wünsche der Öffentlichkeit zu übergeben und die Mithände der
Schulzen aufzugeben. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
203/4
Entrée 10 Pf. **Die Vertrauensperson: Frau Jensch.**

Den Besuchern der Berliner Gewerbe-Ausstellung in Treptow dürften
wohl noch die dazwischen angelegte gewesenen **Wunder-Automaten** bekannt sein,
aus welchen man für 10 Pfennige ein Probefäßchen **Alten Nordhäuser**
(**M. u. W. Müller's Nordlicht**) erhielt. Die **Rordhäuser Kornbranntwein-**
Brennerei von **M. u. W. Müller**, **Waldemarstr. Nr. 29**, deren
Erzeugnisse auf der **Kochkunst-Ausstellung** und **Berliner Gewerbe-Ausstellung**
mit der goldernen Medaille und dem Ehrenpreis prämiirt wurden, hat
nun, ermuntert durch den Beifall, den ihr „**Nordlicht**“ bei dem Publikum
gefunden, 1/2 Liter Originalsöckchen unter dem geschützten Namen
M. u. W. Müller's Nordlicht in den Handel gebracht, der überall da,
wo die **Müller'schen Plakate** (einen **Rohren darstellend**) aushängen, für
1 Mark inkl. Frische erhältlich ist. Als besten Erfolg für **theueren Cognac**
kann „**Müller's Nordlicht**“, das nur aus reinem Korn hergestellt ist, alten
Vordhäuser eines unverfälschten, alten vorzüglichen **Nordhäuser** empfohlen
werden.

Großer Wiener Masken-Ball
am Sonntag, den 23. Januar,
in den Gesamtträumen der **Berliner Bock-Brauerei**
arrangirt von
Mitgliedern der Metallarbeiterkasse Berlin I.
Die Nacht wird von zwei Kapellen der freien Vereinigung der Zivil-
Berufsmänner ausgeführt.
119/3

Der Sanitätsverein zu Hanau
hat vom 1. April d. J.
3 ärztliche Stellen zu besetzen.
Für jede dieser Stellen wird ein Mindest-
Einkommen von **2500 Mk. pro anno**
garantirt. Jedoch kann das Einkommen die
Höhe von **4000 Mk. pro anno** erreichen.
Offerten mit Angabe des Studienganges werden
entgegen genommen bis **15. Februar d. J.** vom
Vorstandenden **Fr. Geiger**, Hanau, Salzgasse 6.

Butter bedeutend billiger!
Verkaufe ffene Tafelbutter à Pfd. **1,00 M.**
von heute
Alfred Grüenthal, 9172*
1. Geschäft: **Reue Kottstraße 1.** 2. Geschäft: **Königsstr. 3.**
Gde. Reue Jakobstr. am Schließlichen Thor.
Künstl. Zähne 2 M. Schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomb. 1,50 M.
Theilz. Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 9-6